# Militärgeschichte Zeitschrift für historische Bilduna

Der heiße Herbst 1983

Am Rande eines Atomkrieges?

Sicherheit für Europa Der KSZE-Prozess

Bundeswehr in Somalia UN-Einsatz 1992-1994

Heft 3/2023



MINUTÄR
HISTORISCHES
MUSEUM
Dresden



16.06.2023 - 30.06.2024

RIINDESWEHR

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

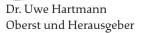
as für ein Coverbild! Rotarmisten, dicht gedrängt hinter Panzern des Typs T-34, greifen an. Vor ihnen eine undurchdringliche schwarze Rauchwolke, die von gewaltiger Zerstörung durch Artilleriegeschosse zeugt. Und das Ganze auch noch in Farbe! Unwillkürlich kommen mir Bilder in den Sinn, die nicht aus dem Zweiten Weltkrieg stammen, sondern den Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen ihren Nachbarn Ukraine in all seinen Schrecken dokumentieren. Dadurch entstehen bei mir Zweifel: Darf man angesichts der russländischen Kriegsverbrechen Soldaten derjenigen Armee, auf die der russische Präsident Putin sich beruft, so prominent zeigen?

Ganz bewusst haben sich die Herausgeber für dieses Bild entschieden. Es soll wie ein Stolperstein wirken, der uns innehalten lässt. Fragen über Fragen drängen sich auf: Wie kann Krieg in Europa verhindert werden, und zwar so, dass ein künftiger Frieden mit Russland nicht den Keim für neue Konflikte in sich trägt? Was müssen wir beachten, damit der Krieg in der Ukraine nicht atomar eskaliert? Wodurch zeichnet sich die heutige Kriegführung beider Kriegsparteien aus? Sind es erneut Panzer, die im Vordergrund stehen, wie damals während der Panzerschlacht von Kursk, aus der das Titelbild stammt? Und wie steht es um die Bundeswehr? Ist sie auf solche Szenarien vorbereitet? Kann sie noch wirksam abschrecken?

Militärgeschichte provoziert Fragen, aber sie hilft auch, diese Fragen zu beantworten. Die Beiträge in dieser Ausgabe der Militärgeschichte. Zeitschrift für historische Bildung sind dafür ein eindrucksvoller Beleg. Matthias Peter zeigt, wie es im Kalten Krieg durch den langjährigen und mitunter schwierigen Verhandlungsprozess der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gelungen ist, Vertrauen zwischen Ost und West aufzubauen. Dass es dennoch zu gefährlichen Situationen kommen konnte, zeigt Klaus Storkmann in seiner Rekonstruktion der Geschehnisse im Herbst 1983. Damals stand die Welt nicht zuletzt aufgrund von Fehleinschätzungen dicht vor einem nuklearen Schlagabtausch. Die Lektüre von Roman Töppels »Die Schlacht bei Kursk 1943« verdeutlicht nicht nur, dass Fehleinschätzungen im Krieg gang und gäbe sind. Der Vergleich mit damals zeigt zudem, wie sehr sich das moderne Kriegsbild seitdem erweitert hat.

Dass es nicht gut um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr steht, hat viel mit ihrer Ausrichtung auf das internationale Krisenmanagement zu tun. Torsten Konopka beschreibt in seinem Beitrag »Die Bundeswehr in Somalia«, wie Deutschland sein militärisches Engagement schon früh auf humanitäre Aufgaben begrenzen wollte.

Ich danke Ihnen, dass Sie dieses Heft in die Hand genommen haben, und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.





## Militärgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



Vormarsch: Sowjetische Panzer während des Gefechts bei Prochorowka am 12. Juli 1943.



Schema des Krieges: Die Belagerung Wiens durch das Osmanische Reich, 1683.



Zerstörungspotenzial: Blick in das offene Silo einer interkontinentalen Titan-II-Rakete.



Deutsch-deutsche Annäherung: Erich Honecker und Helmut Schmidt bei der KSZE 1975.



Versandeter Einsatz? Bundeswehrsoldaten in Somalia, August 1993.



Verbrecherischer Angriff:
Der zerstörte Korridor einer
Schule in Isjum im Nordosten
der Ukraine steht symbolisch
für Russlands Missachtung des
humanitären Völkerrechts im
Angriffskrieg gegen die Ukraine,
September 2022.

# Inhalt 3/2023

**6** KALTER KRIEG

Herbst 1983

Am Rande eines Atomkrieges?

12 IM BLICKPUNKT

Krieg und humanitäres Völkerrecht

14 ZWEITER WELTKRIEG

Die Schlacht bei Kursk 1943

20 MILITÄRGESCHICHTE IM BILD

Die Belagerung Wiens 1683

**22** KALTER KRIEG

Von Helsinki nach Paris

Die KSZE als Beginn der europäischen Sicherheitsarchitektur **28** GESCHICHTE KOMPAKT

Abukir | 1798 Briand-Kellogg-Pakt | 1928 Ende des Koreakrieges | 1953

**30** EINSATZGESCHICHTE

**Die Bundeswehr in Somalia 1992–1994** Engagement mit begrenztem Einsatz?

**34** SERVICE

Bücher | Medien Ausstellungen | Der besondere Tipp Impressum

**Coverbild:** Sowjetische Infanterie greift unter dem Schutz von Panzern des Typs T-34 an, Sommer 1943.

© akg-images



Strategische Waffe: Die Interkontinentalrakete Titan-II gehörte zwischen 1963 und 1987 zum ständig einsatzbereiten Nuklearwaffenarsenal der USA.

ber der sowjetischen Pazifikküste ereignete sich am 1. September 1983 eine Tragödie, die 269 Tote forderte: Flug Korean Air Lines (KAL) 007 von New York nach Seoul kam bis zu 500 Kilometer vom Kurs ab und flog tief in sowjetisches Gebiet ein. Nach Warnschüssen mit seiner Bordkanone schoss ein Abfangjäger die Boeing mit Luft-Luft-Raketen ab. US-Präsident Ronald Reagan trat vor die Kameras und nannte den Abschuss einen »Akt der Barbarei«, ein »Massaker« von »unmenschlicher Brutalität«.

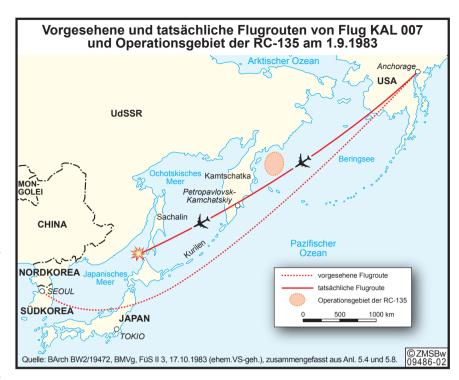
In einer Pressekonferenz versuchte der sowjetische Generalstabschef Marschall Nikolai Ogarkow der Weltpresse die sowjetische Sicht zu erklären: KAL 007 habe sich auf einer Spionagemission befunden, sei absichtlich in sowjetischen Luftraum eingedrungen, habe hochgeheime Militärbasen auf Kamtschatka und Sachalin überflogen und nicht auf Funkanrufe reagiert.

Eine andere Erklärung verwies auf ein in dieser Nacht im Gebiet operierendes amerikanisches Aufklärungsflugzeug. Mit diesem habe die sowjetische Luftverteidigung den koreanischen Jumbo verwechselt. Aufklärungsflüge der US Air Force entlang der Grenzen des sowjetischen Luftraums waren Routine. Neu waren Anfang der 1980er Jahre aber die vermehrten direkten Anflüge der Aufklärer und sogar strategischer Bomber, die erst in letzter Minute vor der sowjetischen Luftraumgrenze abdrehten.

### Gefährliche Aufklärungsflüge

Ziel der Operationen war die Aktivierung der sowjetischen Luftverteidigung und so die Aufklärung der Positionen der Radarstationen und der Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentralen. Dieses »Triggern des Gegners« war zugleich Teil des Psychokrieges zwischen den Supermächten. Fatal war und ist, dass jeder Krieg die Gefahr einer Fehleinschätzung und einer Kurzschlusshandlung birgt. Und genau das passierte am 1. September über dem fernen Osten der Sowjetunion.

Ein lange als geheim eingestufter und hier erstmals zitierter Bericht des Bun-



desverteidigungsministeriums gab schon im Oktober 1983 eine plausible Erklärung: »Wahrscheinlich wurde nach der negativ verlaufenen elektronischen Freund/Feind-Abfrage durch die sowjetischen Jagdflugzeuge über Kamschatka die BOEING 747 nicht als >unidentifiziertes Luftfahrzeug«, sondern als US-Aufklärungsflugzeug und damit falsch eingestuft, aber nicht verwechselt. [Hervorhebung im Original] Die elektronische Geräteausstattung beider Flugzeugtypen ist sehr ähnlich [...] Es ist weiterhin zu vermuten, dass während des weiteren Fluges der BOEING 747 diese Einstufung [...] beibehalten wurde und nichts getan wurde, um diese Annahme zu verifizieren [...] Nach dem erfolglosen Abfangversuch über Kamschatka stand die sowjetische Flugmeldezentrale auf Sachalin unter einem besonderen Zeitdruck und Erfolgszwang. In dieser nervösen Spannungslage ist es offensichtlich nicht mehr darum gegangen, einen Luftraumverletzter zu identifizieren, sondern nur noch darum, ein >Feindflugzeug auftragsgemäß abzuschießen.«

Um zu verdeutlich, was gemeint war: Die Sowjets verwechselten nicht zwei Flugzeuge, sondern gingen die ganze Zeit davon aus, dass KAL 007 eine RC-135, also ein militärisches Aufklärungsflugzeug, sei. Läge eine Verwechselung vor, so hätten die Sowjets zwei Objekte erkennen müssen. Den Flug KAL 007 hatten sie gar nicht in die Lagefeststellung einbezogen, da dieser nicht in ihrem Gebiet hätte sein dürfen.

Schon am 5. September 1983 berichtete die Washington Post, dass ein US-Aufklärungsflugzeug des Typs RC-135 »für einige Minuten nah« an der koreanischen Boeing 747 flog und deren »Weg kreuzte«. Dies hatte die US Air Force schon gut vier Tage nach dem Abschuss zugegeben. Während die Washington Post eine etwaige Verwechslung beider Flugzeuge diskutierte, wiesen die US-Militärs diese Möglichkeit offiziell ab: Ja, die sich kreuzenden Maschinen könnten durchaus eine anfängliche »Verwirrung« im sowjetischen Luftverteidigungskommando ausgelöst haben. Der Abschuss geschah zwei Stunden später. Die RC-135 befand sich zu diesem Zeitpunkt 1000 Meilen entfernt über internationalem Gewässer.

Entscheidend ist aber nicht, wo die RC-135 war, sondern wo sie die Sowjets



Zeugnisse der Katastrophe: Trümmerteile der Korean-Air-Lines-Boeing werden von Angehörigen der sowjetischen Grenzschutztruppen für die Übergabe an eine US-Japanische Delegation vorbereitet, 21. Dezember 1983.

fälschlich verorteten. Die RC-135 war eine umgebaute Boeing 707, also wie die 747 eine vierstrahlige große Maschine, wenn auch ohne deren charakteristischen »Buckel«. Konnte der sowjetische Jagdflieger diesen Unterschied in dunkler Nacht erkennen?

### Falsches Spiel über den Wolken?

Schon kurz nach dem Abschuss kam die Frage auf, wie sich der Pilot von KAL 007 so stark verfliegen konnte. Die Abweichung von der geplanten Flugroute betrug am Ende fast 500 Kilometer. Warum meldeten er und sein Copilot über zwei Stunden immer wieder falsche Positionen an die Flugaufsicht? Alles nur Irrtümer, menschliches Versagen? Oder steckte etwas anderes dahinter? Schon 1985 fragte ein Südkoreaner in einem (wenig beachteten) Artikel: »Flight 007: Was there foul play?« Die These der Skeptiker: KAL 007 sei absichtlich auf Kurs über sowjetisches Gebiet geschickt worden. Ob Fotoaufnahmen der geheimen sowjetischen Militäreinrichtungen das Ziel waren oder die Reaktion der sowjetischen Luftverteidigung getestet werden sollte, ist strittig. Gegner der These, dass hinter dem »Verfliegen« eine militärische Absicht stand, frag(t)en nach dem Sinn eines solchen Unternehmens, wenn das Aufklärungsziel auch mit anderen, rein militärischen Mitteln erreicht werden konnte.

Gegen die These von Fotoaufnahmen an Bord von KAL 007 kann auch ein heute nahezu vergessener ähnlicher Vorfall im April 1978 angeführt werden. Damals kam eine ebenfalls koreanische Boeing 707 auf dem Flug KAL 902 von Paris nach Seoul vor dem Nordpol um etwa 140 Grad vom Kurs ab. Sie flog am Nordkap vorbei in die Sowjetunion ein, ausgerechnet über die Kola-Halbinsel mit den Flottenstützpunkten der sowjetischen Nordmeerflotte um Murmansk. Die sowjetische Flugabwehr hielt die 707 für eine baugleiche RC-135 und gab Befehl zum Abschuss. Die Piloten konnten KAL 902 trotz Treffer im Flügel auf einem zugefrorenen See notlanden. Sowjetische Techniker zerlegten die 707 auf der Suche nach Spionageräten in alle Einzelteile. Sie fanden nichts.

Der Jurist und Autor Markus Kompa reflektierte 2011 die Erinnerung des DDR-Topspions bei der NATO Rainer Rupp (Deckname »Topas«). Dieser habe wenige Monate nach dem Abschuss 1983 ein geheimes Memorandum der Defense Intelligence Agency (DIA), des US-Militärgeheimdienstes gelesen, worin von einem »jüngst gelungenen »durchschlagenden Erfolg« bei der Aufklärung der sowjetischen C3-Zentren im russischen Fernen Osten« die Rede war.

Dies sei »ein tragisches Nebenprodukt« des KAL-Abschusses gewesen. Wohl gemerkt: Von einer gezielten Operation sprach dieses amerikanische Geheimpapier nicht, ebenso wenig wie das des Bonner Verteidigungsministeriums.

Es kann als gesichert gelten, dass zum Zeitpunkt des Eindringens des koreanischen Jumbos in den sowjetischen Luftraum dort auch ein US-Aufklärungsflugzeug seinen Kurs flog, sich deren Flugrouten und damit auch deren Radarschatten nahe kamen und dass die sowjetische Luftverteidigung KAL 007 aufgrund einer falschen Identifikation abschoss.

### Mensch oder Maschine?

Eine weitere falsche Identifikation hätte vier Wochen später um Haaresbreite die Vernichtung der Menschheit eingeleitet. Die im Bunker Serpuchow-15, südlich Moskau, arbeitende Kommandozentrale für das satellitengestützte Raketenfrühwarnsystem zeigte Alarm an. Einer der »Oko« (russ: Auge)-Satelliten, die ständig die Abschussbasen für US-Interkontinentalraketen beobachteten, meldete einen Start. Anders als geostationäre Erdumlaufkörper hatten die »Oko«-Satelliten eine 40-Grad-Winkel-Sicht. Sie konnten einen Raketenstart aus der Seitenperspektive mit nur 15 Se-

kunden Verzögerung registrieren und so die Flugbahn berechnen. Nach der Start-Meldung durch »Oko« blieben 25 bis 28 Minuten bis zum Einschlag. Das war die maximal verbleibende Zeit für die Entscheidung zum Gegenschlag, die Befehlsgebung, die Kommunikation und die nochmals einige Minuten in Anspruch nehmende technische Startvorbereitung. Auf die alle überraschende Start-Meldung des Computersystems hin entschied der diensthabende Leiter in Serpuchow-15, Oberstleutnant Stanislaw Petrow, es handle sich um einen Fehlalarm. Er stützte diese Lageeinschätzung auf eine Überlegung und einen Fakt: Nur die automatisierte, auf Infrarottechnik basierende Software hatte den Raketenstart gemeldet. Die manuelle visuelle Beobachtung der Satellitenaufnahmen durch Offiziere im Nebenraum konnte hingegen keinen Start erkennen. Zudem sagte ihm die Logik, dass die Amerikaner einen Überraschungsangriff nicht nur mit einer Rakete führen würden, sondern mit einem massiven »Enthauptungsschlag«. Petrow blieb bei seiner Bewertung, auch als die Bildschirme in seinem Bunker einen zweiten, dann dritten, vierten und fünften Raketenstart zeigten. Stets blieb die manuelle visuelle Bestätigung aus. Ob er richtig lag oder der militärischen und politischen Führung seines Landes wertvolle, ja entscheidende Minuten gestohlen hatte, darüber würde erst Klarheit herrschen, wenn die anfliegenden Raketen zehn bis zwölf Minuten nach dem Start in Reichweite des sowjetischen Radars kamen.

Nach endlos langen Minuten des Wartens blieb die Radarbestätigung aus. Die Infrarotoptik der Satelliten hatte extrem seltene Sonnenlichtreflexionen als Startblitze gewertet. Petrow bekam jedoch keinen Orden. Seine Vorgesetzten hätten sonst die Fehleranfälligkeit des »Oko«-Frühwarnsystems eingestehen müssen. Erst spät erfuhr Petrow weltweite Anerkennung. 2014 erschien über ihn der Dokumentarfilm »Der Mann, der die Welt rettete«.

Zum »heißen Herbst« 1983 trug ein weiteres Ereignis bei: Anfang November 1983 fand die fünftägige NATO- »Wir sind klüger als
die Computer. Wir
haben sie geschaffen.«

Stanislaw Petrow, hier
bei der Verleihung des
deutschen Medienpreises 2012

Stabsrahmenübung »Able Archer 83« statt. Deren Auftrag und Ziel war es, den Übergang von der konventionell geführten Verteidigung zum Einsatz von Atomwaffen zu üben. Befehlsgebung und Kommunikationswege sollten verbessert werden.

#### »Able Archer 83«

Da der Einsatz von Nuklearwaffen immer eine politische Entscheidung auf höchster Ebene bedeutet, musste während der Übung notwendigerweise auch der politische Abstimmungsprozess simuliert werden. Dass Staats- und Regierungschefs wie Ronald Reagan, Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher und Bundeskanzler Helmut Kohl dabei persönlich zugegen waren, gehört zu den längst widerlegten, aber hartnäckigen Mythen um »Able Archer«.

Stabsrahmenübungen waren jährliche NATO-Routine. Was also machte »Able

Archer 83« so brisant? Die sowjetische Aufklärung bezweifelte, dass es sich um eine Übung handelte, und meinte Vorbereitungen für den tatsächlichen Ersteinsatz von Nuklearwaffen durch die NATO erkennen zu können. Bis heute streiten Historiker und Zeitzeugen darüber, wie gefährlich diese Tage im November tatsächlich waren. Im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld von »Able Archer« übten die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa im Manöver »Autumn Forge 83« (deutsch: »Herbstschmiede«) von August bis November mit Volltruppe unter der Beteiligung von 100 000 Soldaten. Dabei wurden auch die REFORGER-Pläne (Return of Forces to Germany) zur schnellen Verstärkung der US-Truppen in Deutschland real geübt und 19 000 Soldaten und 1500 Tonnen Material aus den USA eingeflogen. Diese gingen sofort an der Seite der bereits in Westdeutschland stationierten US-Verbände in die Übung »Confident Enterprise 83«. Bis zum 30. Oktober 1983 bewegten sich 58 000 US-Soldaten und 3000 Bundeswehrsoldaten mit 16 500 Rad- und Kettenfahrzeugen und 600 Hubschraubern durch Rheinland-Pfalz und Hessen bis an die innerdeutsche Grenze bei Fulda. Mit Abstand von einer Woche schloss sich dann der simulierte Übergang vom konventionellen zum nuklearen Krieg an: »Able Archer«. Für die sowjetische Auslandsaufklärung summierte sich die NATO-Herbstübungsserie zu einer – dort so gesehenen – unkalkulierbaren Bedrohung.

Bedrohung ist vornehmlich ein Gefühl, eine Perzeption. Bereits 1981 hatte der sowjetische Geheimdienst KGB seine größte Aufklärungsoperation überhaupt begonnen: RJaN (russische Abkürzung für Raketno-Jadernoje Napadenije, »Atomraketenangriff«). Alle sowjetischen Agenten wurden angewiesen, nach allen möglichen Anzeichen und Indizien für die Vorbereitung eines überraschenden atomaren Erstschlags durch die NATO Ausschau zu halten und diese zu melden. Markus Kompa bewertete RJaN im Jahre 2018 kritisch wie treffend: »Während das Programm eigentlich Klarheit

über die Absichten der USA bringen sollte, leistete es ironischerweise das Gegenteil, weil es die Furcht vor einem Angriff in einer Echokammer sammelte.« Dabei war die sowjetische Sorge vor einem überraschenden atomaren Erstschlag nicht völlig substanzlos.

### Geografie macht den Unterschied

Bereits 2011 hatte Kompa in einem Artikel den DDR-Topspion im NATO-Hauptquartier Rainer Rupp zitiert. »Wie ein Huhn mit abgeschlagenem Kopf über den Bauernhof« werde die Sowjetarmee laufen, so hätten ihm amerikanische Militärs und Geheimdienstler ihre Idee eines künftigen Krieges vorgestellt:

Nachdem in einem Überraschungsschlag die sowjetischen C3-Zentren außer Gefecht gesetzt, sprich zerstört sein würden, werde kein großangelegter Vergeltungsschlag mehr möglich sein. Die Sowjetunion werde nur die Wahl haben, auf jeglichen A-Waffeneinsatz zu verzichten oder durch den massiven Gegenschlag vollends zerstört zu werden. Das neue: Der Erstschlag sollte laut Rupp

nicht mit ballistischen Interkontinentalraketen erfolgen, sondern überraschend mit taktischen Atomwaffen. Diese wurden nicht vom satellitengestützten Frühwarnsystem erfasst und ihre Flugzeit und damit die Vorwarnzeit für die Sowjets betrug nicht 25, sondern nur fünf bis acht Minuten. Hier spielten die neu in Westdeutschland stationierten Mittelstreckenraketen Pershing II in der sowjetischen Bedrohungsanalyse eine Schlüsselrolle, wenn auch eine fälschliche. Ihnen unterstellten die Sowjets eine Reichweite von 2500 Kilometern; damit hätten Moskau und die umgebenden Kommandozentralen in deren Zielradius gelegen. Real lag die Reichweite jedoch bei nur 1770 Kilometern.

Diese Fehleinschätzung erklärt zum Teil die große Sorge der Sowjets vor den Pershing II und deren fast hysterische Reaktionen 1983. Die Geographie machte den Unterschied in der Bedrohungswahrnehmung: Die sowjetischen Mittelstreckenraketen in der DDR konnte das Gebiet der USA nicht erreichen, die amerikanischen in Westdeutschland konnten hingegen tief in sowjetisches Gebiet



Herangerückte Gefahr:
Die seit 1983 unter anderem in der Bundesrepublik stationierten Pershing II-Mittelstreckenraketen stellten in sowjetischen Augen eine neue Form der Bedrohung dar. Sie konnten tief in sowjetisches Gebiet eindringen.

Ernst oder Übung? NATO-Soldaten während der Übung »Autumn Forge 83« in der Bundesrepublik.



wirken. In einer vergleichbaren gefühlten Bedrohungslage fanden sich die USA nur 1962 angesichts der Stationierung der sowjetischen Raketen auf Kuba – und reagierten entschlossen.

### Um Haaresbreite

Gestützt auf die von ihm ausgewerteten Protokolle des Politbüros der regierenden Kommunistischen Partei der Sowjetunion und zahlreiche Zeitzeugenbefragungen stellte der Historiker Mark Kramer auf einer Tagung in Potsdam 2010 die These auf, in der Sowjetunion sei »Able Archer« kaum oder gar nicht bekannt gewesen, geschweige denn als Bedrohung gesehen worden. Auch der (spätere) sowjetische Generalstabschef Marschall Sergei Achromejew erinnerte sich, er habe im November 1983 nicht mal Kenntnis von der Stabsrahmenübung gehabt. Als ernste Bedrohung sei dagegen die vorangegangene Übungsserie »Autumn Forge 83« mit Volltruppe bewertet worden.

Kritiker von Kramer wenden ein, er überschätze die Bedeutung der Politbürositzungen. Die wirklich großen Fragen seien nicht dort, sondern direkt am Krankenbett des damaligen Parteichefs Juri Andropow besprochen worden. An-

dropow war bis Mai 1982 KGB-Chef und der Vater der Operation RJaN. Er war von einem unmittelbar bevorstehenden nuklearen Erstschlag der USA überzeugt und nahm diese Sorge im November 1982 mit in das neue Amt als sowjetischer Parteichef. Während der Herbstkrise 1983 war er bereits sterbenskrank, ließ sich aber täglich über die Lage informieren und traf die wichtigsten Entscheidungen. Was ihm am Krankenbett vorgetragen wurde, wissen wir nicht.

Fünf Jahre nach Kramers Potsdamer Vortrag gaben die Vereinigten Staaten einen bis dahin als »TOP SECRET« eingestuften, 1990 für US-Präsident George H.W. Bush erarbeiteten Bericht frei. Wie knapp die Welt im Herbst 1983 einem Weltkrieg entgangen war, beantwortete der Bericht kurz und präzise: »um Haaresbereite« (»on a hair trigger«). Erst ab Mai 1984 habe die CIA allmählich erkannt, wie groß die Sorge in Moskau ein halbes Jahr zuvor gewesen war.

Anders als während der Kubakrise 1962 ängstigten sich im Herbst 1983 die Menschen weltweit nicht Tag und Nacht vor den Fernsehern. Abgesehen vom Abschuss des koreanischen Flugzeugs spielte sich die Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes außerhalb der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit hinter

den verschlossenen Türen der Geheimdienstbüros und den Bunkerwänden der militärischen Operationszentralen ab. Das allerdings machte den Herbst 1983 nicht weniger gefährlich als den Herbst 1962. Denn in jedem der sich aneinanderreihenden Krisenmomente hätte eine andere Bewertung der eingehenden Meldungen zu anderen militärischen Entschlüssen und damit zum Krieg führen können.

Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann ist Leiter des Projektbereichs Militärgeschichte der DDR im Forschungsbereich Militärgeschichte nach 1945 am ZMSBw.

### Literaturtipp

Mark Kramer, Die Nicht-Krise um »Able Archer 1983«: Fürchtete die sowjetische Führung tatsächlich einen atomaren Großangriff im Herbst 1983? In: Oliver Bange, Bernd Lemke (Hrsg.), Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990, München 2013, S. 129–150.

#### Medientipps

Der Mann, der die Welt rettete (Dokumentarfilm), Dänemark 2015. The Day After – Der Tag danach (Spielfilm),

# Krieg und humanitäres Völkerrecht

Von Henning de Vries

Das Recht im Krieg (ius in bello) wird heute als humanitäres Völkerrecht bezeichnet.
Im 19. Jahrhundert begannen vorrangig die europäischen Staaten, dieses Recht vertraglich zu regeln, etwa in der 1. Genfer Konvention (1864) oder der Haager Landkriegsordnung (1907). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das ius in bello neu gefasst, um vor allem humanitäre Erwägungen einzubeziehen. Den Kern des humanitären Völkerrechts bilden die vier Genfer Konventionen (1949) mit ihren Zusatzprotokollen.



### Grundprinzipien:

2. Das Prinzip der militärischen Notwendigkeit beschreibt, welches Verhalten erlaubt ist, um ein legitimes militärisches Ziel zu erreichen. 1. In bewaffneten Konflikten gilt der Unterscheidungsgrundsatz: Kombattant oder Nicht-Kombattant. Zivilbevölkerung, Zivilpersonen und zivile Infrastruktur dürfen nicht zum Ziel militärischer Operationen werden. Zu den Nicht-Kombattanten zählen auch Sanitätssoldaten, Fahrzeuge und Einrichtungen der jeweiligen Streitkräfte, die mit einem entsprechenden Schutzsymbol gekennzeichnet sind sowie die Militärgeistlichen.

3. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit untersagt Verhalten, das nicht in einer angemessenen Beziehung zu den erwarteten und direkten militärischen Vorteilen steht.

**4.** Das **Prinzip der Vorsichtnahme**: Bei der Planung eines Angriffs müssen Vorsichtsmaßnahmen zum **Schutz von Nicht-Kombattanten** und **zivilen Objekten** getroffen werden. Planung und Durchführung eines Angriffs dürfen ausschließlich militärische Ziele anvisieren. Bei Lageänderung ist der Angriff abzubrechen.

### Was sind Rules of Engagement (RoE)?

Die Rules of Engagement (RoE, Regeln im Einsatz) legen fest, unter welchen Bedingungen Soldatinnen und Soldaten militärische Gewalt und andere Zwangsmaßnahmen einsetzen dürfen. Die RoE werden für einen konkreten Einsatz formuliert und sind Teil des Operationsplans. Üblicherweise ergeben sie sich aus dem Einsatzmandat der UN, der NATO oder einer anderen Organisation.

### Wo gilt das humanitäre Völkerrecht?

- 196 Staaten erkennen derzeit die Genfer Abkommen an.
- Das humanitäre Völkerrecht gilt universell.
- Es bezieht sich nicht nur auf bewaffnete Konflikte zwischen Staaten, sondern gilt auch in Bürgerkriegen und anderen nicht-internationalen bewaffneten Konflikten.





Das abgebildete sogenannte **Blue Shield** ist das Schutzzeichen, mit dem Kulturgut in bewaffneten Konflikten geschützt werden soll.
Grundlage ist die Haager Konvention von 1954, die ebenfalls Teil des humanitären Völkerrechts ist.
Als schützenswert können etwa Museen, Archive,

Bibliotheken oder historische Bauten ausgezeich-



#### Weiterführende Tipps:

https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/ humanitaeres-voelkerrecht Handbuch: Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten (Zentrale Dienstvorschrift A-2141/1)

net werden.

# Die Schlacht bei Kursk 1943

Im Sommer 1943 begann die Wehrmacht ihre letzte große Offensive an der Ostfront. Die deutsche Umfassungsoperation »Zitadelle« im Kursker Bogen entwickelte sich zur größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges. Ihr Scheitern war der Beginn der großen Rückzüge der Wehrmacht und der endgültige Verlust der Initiative im Osten.

### Von Roman Töppel



Auf dem Vormarsch: In der Nähe von Belgorod überquert ein deutsches Sturmgeschütz einen sowjetischen Panzergraben.

m Herbst und Winter 1942/43 war die letzte strategische Großoffensive der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg im Kaukasus und bei Stalingrad gescheitert. Nach dieser Niederlage erkannte Adolf Hitler, dass die Wehrmacht die Sowjetunion militärisch nicht besiegen konnte, solange das Deutsche Reich einen Mehrfrontenkrieg führen musste. Deshalb plante das Oberkommando des Heeres (OKH) für das Jahr 1943 an der Ostfront keine Offensive mit weitgesteckten Zielen. Auf begrenztem Raum sollte die Rote Armee zu einer Materialschlacht gezwungen und so weit geschwächt werden, dass sie 1943 nicht mehr würde angreifen können. Die erhoffte anschließende Ruhephase an der deutsch-sowjetischen Front wollten Hitler und das OKH nutzen, um die schlagkräftigsten Verbände von Wehrmacht und Waffen-SS in den Westen zu verlegen. Dort sollten sie die erwarteten Landungen der Angloamerikaner abwehren, den Westmächten dadurch die Hoffnung auf einen Sieg nehmen und sie auf diese Weise zum Ausscheiden aus dem Krieg bewegen.

### Deutsche Unterschätzung vs. sowjetische Überschätzung

Allerdings beruhte die gesamte Planung auf einer fatalen Unterschätzung der sowjetischen Kräfte. Die deutsche Feindaufklärung war nicht in der Lage, die Ressourcen der Sowjetunion realistisch zu ermitteln und ihr entging ein großer Teil der enormen Reserven, die die Rote Armee im Frühjahr 1943 für ihre eigenen Angriffe bereitstellte. Der sowjetische Generalstab plante für den Sommer 1943 mehrere weitreichende Operationen. Die Hauptoffensive sollte im Raum Belgorod-Charkow beginnen und hatte zunächst den Dnjepr zum Ziel, um der deutschen Heeresgruppe Süd den Rückzugsweg nach Westen abzuschneiden. Als Basis für diese Operation, die den Decknamen »Rumjanzew« erhielt, bot sich der riesige sowjetische Frontbalkon rund um die Stadt Kursk an, der sich am Ende der Winterkämpfe 1942/43 gebildet hatte. Im Frühjahr 1943 begann die Rote Armee, in diesem Kursker Bogen starke Kräfte zu versammeln. Dies wiederum schien der Wehrmacht die Möglichkeit zu ihrer geplanten Vernichtungsschlacht zu geben.

Da in der Folge auch die Wehrmacht begann, am Kursker Frontbogen starke Angriffskräfte zu konzentrieren, wurde der sowjetischen Führung rasch klar, dass dort die nächste große Schlacht stattfinden würde. Allerdings überschätzte das sowjetische Oberkommando die deutsche Truppenstärke bei weitem und glaubte, Hitler wolle aus dem Raum Kursk noch einmal eine Großoffensive starten, deren Endziel

»Wir können in diesem Jahr keine großen Operationen machen. Wir müssen jedes Risiko vermeiden. Ich denke mir, dass wir nur kleine Haken schlagen.«

Adolf Hitler, 18. Februar 1943

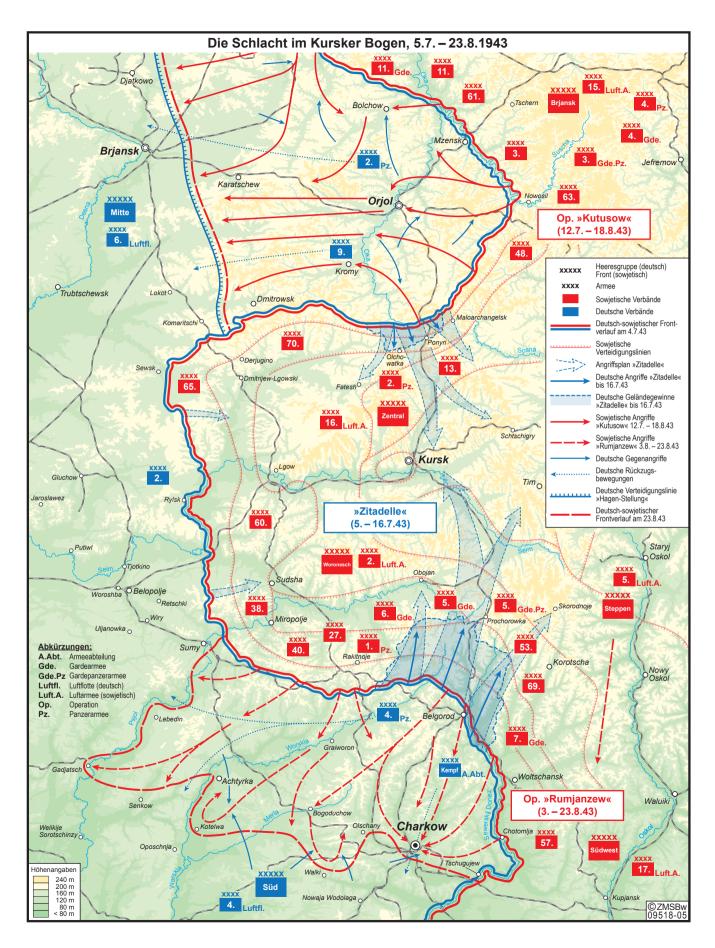
Moskau sei. Außerdem berichtete die sowjetische Feindaufklärung fälschlich, die Wehrmacht verfüge dort über Hunderte der neuen schweren Panzerkampfwagen VI »Tiger«. Diese waren den sowjetischen Panzern in Duellsituationen weit überlegen. Das sowjetische Oberkommando entschied daher, zunächst defensiv zu bleiben und den Kursker Frontbogen zu einer Festung auszubauen. In mehreren tief gegliederten und mit allen verfügbaren Abwehrmitteln ausgebauten Verteidigungsgürteln sollte die Rote Armee die deutsche Offensive zunächst stoppen und insbesondere die Panzerverbände der Wehrmacht entscheidend schwächen. Erst danach würden die sowjetischen Kräfte zur Gegenoffensive antreten.

Anfang Juli 1943 hatte die Wehrmacht am Kursker Frontbogen insgesamt etwa 780 000 Soldaten, 3400 Panzer und Selbstfahrlafetten, 1800 Flugzeuge sowie 7400 Geschütze und Granatwerfer versammelt. Dagegen standen der Roten Armee für die Verteidigung von Kursk mehr als 1,9 Millionen Soldaten, 5600 Panzer und Selbstfahrlafetten, 3600 Flugzeuge sowie 31 400 Geschütze und Granatwerfer zur Verfügung. Das OKH kannte diese Zahlen zwar nicht, war sich aber darüber im Klaren, dass die Rote Armee bei Kursk zahlenmäßig überlegen war. Allerdings glaubte nicht nur Hitler, sondern auch die deutsche Generalität, die überlegene Qualität der Waffen und der Ausbildung auf deutscher Seite sowie die besseren taktischen Führungsgrundsätze der Wehrmacht würden die quantitative Überlegenheit des Gegners mehr als ausgleichen.

### Operation »Zitadelle«

Am 5. Juli 1943 traten die deutschen Verbände zum Angriff auf Kursk an. Die Operation trug den Decknamen »Zitadelle« und war die letzte große deutsche Sommeroffensive. In einem Zangenangriff von Norden und Süden versuchten drei deutsche Armeen, auf Kursk vorzudringen, den Frontbogen abzuschneiden und die darin versammelten sowjetischen Armeen einzukesseln. Von Norden, aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte, griff die 9. Armee von Generaloberst Walter Model mit insgesamt 17 Divisionen an, und zwar zehn Infanteriedivisionen, einer Panzergrenadierdivision sowie sechs Panzerdivisionen. Außerdem verfügten Models Angriffsverbände über zahlreiche Heerestruppen, darunter eine schwere Panzerabteilung mit »Tigern« und zwei Panzerjägerabteilungen, die mit dem neuen schweren Sturmgeschütz »Ferdinand« ausgerüstet waren.

Models Armee stand auf sowjetischer Seite die Zentralfront (vergleichbar einer deutschen Heeresgruppe) unter Armeegeneral Konstantin K. Rokossowski gegenüber. Ihr waren (neben einer eigenen Luftarmee) sechs Armeen unterstellt, von denen drei an der Abwehr-



Generaloberst Walter Model:
Oberbefehlshaber der 9. Armee,
die während der Operation
»Zitadelle« von Norden auf
Kursk vorrückte, im Gespräch mit
Soldaten.



schlacht gegen Models 9. Armee beteiligt waren. Die sowjetische Verteidigung stützte sich sehr stark auf Minen, von denen allein im Abschnitt der Zentralfront 400 000 Stück verlegt worden waren, sowie auf ihre zahlenmäßig weit überlegene Artillerie. So konnte die sowjetische 13. Armee, die Models Hauptstoß auffangen sollte, auf einer Frontbreite von lediglich 32 Kilometern mehr als 3000 Geschütze, Granat- und Raketenwerfer einsetzen. Den Südabschnitt des Kursker Frontbogens verteidigte dagegen die Woronescher Front unter Armeegeneral Nikolai F. Watutin. Auch ihm unterstanden außer einer Luftarmee sechs Bodenarmeen, von denen fünf an der Abwehr der deutschen Offensive »Zitadelle« teilnahmen.

Um unmittelbar nach der Verteidigungsphase mit frischen Kräften zur Gegenoffensive »Rumjanzew« antreten zu können, hatte die sowjetische Führung außerhalb des Kursker Frontbogens eine komplette Reserve-Heeresgruppe versammelt. Zunächst lautete ihre Bezeichnung Steppenmilitärbezirk, ab dem 9. Juli 1943 Steppenfront. Ihrem Oberbefehlshaber, Generaloberst Iwan S. Konew, unterstanden ebenfalls eine

Luftarmee und sechs Bodenarmeen. Der deutschen Feindaufklärung blieb diese Kräftekonzentration völlig verborgen.

### Aufmarsch der Armeen

Im Südabschnitt des Kursker Frontbogens griffen zwei deutsche Armeen an, zum einen die 4. Panzerarmee, die von Generaloberst Hermann Hoth befehligt wurde, zum anderen die Armeeabteilung Kempf, die noch kurz vor dem Ende der Kursker Schlacht die Bezeichnung 8. Armee erhielt. Oberbefehlshaber war zunächst General der Panzertruppe Werner Kempf, ab Mitte August 1943 General der Infanterie Otto Wöhler.

Hoths 4. Panzerarmee sollte den Hauptstoß auf Kursk führen, während die Armeeabteilung Kempf den Auftrag hatte, die Ostflanke der 4. Panzerarmee offensiv abzuschirmen. Beide Armeen gehörten zur Heeresgruppe Süd von Generalfeldmarschall Erich von Manstein. Bei der Operation »Zitadelle« setzten sie insgesamt 16 Divisionen ein, und zwar neun Panzer- und sieben Infanteriedivisionen. Die geringe Zahl der Infanteriedivisionen erwies sich als ein gravierendes Manko der Wehrmacht. Immer

wieder mussten die Panzerverbände anhalten, weil nicht genügend Infanterie zur Verfügung stand, um die Flanken oder besetztes Gelände zu sichern. Zwar hatte Manstein bereits im Frühjahr auf diese Schwäche hingewiesen, aber die personellen Ressourcen des Ostheeres reichten für eine größere Truppenkonzentration nicht mehr aus. Zudem glaubte Hitler, Infanterie könne durch den vermehrten Einsatz von Panzern ersetzt werden.

Am Vorabend der Offensive führten Teile der 4. Panzerarmee begrenzte Vorstöße zur Verbesserung ihrer Ausgangsstellungen durch. Außerdem verrieten deutsche Überläufer, dass der Hauptangriff am Morgen des 5. Juli stattfinden sollte. Die sowjetische Führung wollte diese Kenntnis nutzen und den Deutschen überraschend zuvorkommen. Kurz vor dem deutschen Angriff sollte die sowjetische Artillerie die gegnerischen Bereitstellungen mit ihrem Feuer eindecken. Außerdem starteten Hunderte sowjetische Flugzeuge, um die deutschen Flugplätze in der Morgendämmerung anzugreifen und die Luftwaffe noch am Boden zu zerschlagen. Doch das Artilleriefeuer ging weitgehend ins Leere, und als die sowjetischen Flieger über der Front erschienen, mussten sie feststellen, dass die deutschen lagdflugzeuge bereits aufgestiegen waren, um sie abzufangen. Die Kämpfe um Kursk begannen daher mit einer heftigen Luftschlacht, in deren Verlauf die sowjetischen Fliegerregimenter schwere Verluste erlitten – im Laufe des Tages mehr als 300 Maschinen.

### **Deutscher Angriff**

Obwohl die deutsche Luftwaffe zahlenmäßig weit unterlegen war, brachten es ihre Flieger am ersten Angriffstag in rollenden Einsätzen auf fast 4800 Feindflüge, etwa 1400 mehr als ihre sowjetischen Gegner. Nicht zuletzt aufgrund dieser beachtlichen Luftunterstützung verlief der deutsche Angriff zumindest in den Schwerpunkten zunächst erfolgreich. Bereits am ersten Angriffstag konnten die Deutschen sowohl im Norden als auch im Süden von Kursk den besonders stark ausgebauten ersten Verteidigungsgürtel der Roten Armee durchbrechen. Schon am folgenden Tag gelang es, auch den zweiten Verteidigungsstreifen zu überwinden. Die sowjetische Seite war schockiert, denn sie hatte in der monatelangen Vorbereitungszeit auf den deutschen Angriff gerade die ersten beiden Verteidigungsgürtel besonders stark angelegt. Völlig überstürzt brachten daraufhin sowohl vor.

die Zentralfront als auch die Woronescher Front ihre operativen Reserven in den Kampf, um die Angreifer auf ihre Ausgangsstellungen zurückzuwerfen. Im Norden attackierte am 6. Juli die sowjetische 2. Panzerarmee das deutsche XXXXVII. Panzerkorps, das den Schwerpunkt von Models Angriffsverbänden bildete. Der sowjetische Gegenangriff scheiterte jedoch schon nach kurzer Zeit unter schweren Verlusten. Im Süden griff die sowjetische 1. Panzerarmee am 7. Juli die deutsche 4. Panzerarmee an. Tags darauf erreichte die Panzerschlacht im Südabschnitt ihren ersten Höhepunkt, als drei sowjetische Panzerkorps versuchten, das II. SS-Panzerkorps einzuschließen. Wie schon im Norden zeigte sich auch im Süden die deutliche Unterlegenheit der sowjetischen Panzer in Begegnungsgefechten mit deutschen Kampfwagen. Allein am 8. Juli verlor die Rote Armee im Südabschnitt von Kursk 343 Panzer und Selbstfahrlafetten, davon etwa zwei Drittel als Totalausfälle. Die Verluste von Hoths 4. Panzerarmee beliefen sich dagegen nur auf rund 20 Panzer und Selbstfahrlafetten. Mehr noch: Die Sowjets hatten Teile ihrer operativen Reserven geopfert, ohne den Gegner wie geplant zurückzuwerfen. Stattdessen stießen die deutschen Verbände weiter



Kluger Stratege? Der sowjetische General Konstantin Rokossowski, Oberbefehlshaber der Zentralfront. während der Schlacht bei Kursk 1943.

Allerdings lief sich der Angriff von Models Armee schon ab dem 7. Juli im dritten sowjetischen Verteidigungsgürtel fest. Viele der schweren Panzer und Sturmgeschütze fielen durch Minen aus, und das massive sowjetische Artilleriefeuer machte den Grenadieren jedes Weiterkommen unmöglich. Generalfeldmarschall Günther von Kluge, der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, hatte durchaus recht, als er am 11. Juli bemerkte, das Scheitern des Angriffs der 9. Armee sei »lediglich auf die Wirkung des feindlichen Artillerie-, Salvengeschütz- und Granatwerferfeuers« zurückzuführen.

### Sowjetischer Gegenschlag

Zwar hatte Kluge die Hoffnung, die Offensive könne nach einer Umgruppierung der Kräfte wieder aufgenommen werden. Doch am nächsten Tag begann die Rote Armee ihre erste große Gegenoffensive, die Operation »Kutusow«. Zwei Heeresgruppen, die Westfront und die Brjansker Front, griffen mit 720 000 Soldaten, fast 3300 Panzern und Selbstfahrlafetten sowie 16 000 Geschützen und Granatwerfern den deutschen Frontbogen von Orjol nördlich von Kursk an. Ihnen gegenüber stand auf deutscher Seite lediglich die 2. Panzerarmee mit 120 000 Mann, 550 Panzern und Selbstfahrlafetten sowie 940 Geschützen und Granatwerfern. Mit diesen geringen Kräften hatte die Wehrmacht keine Aussicht, sowjetische Durchbrüche zu verhindern. Daher mussten so rasch wie möglich Kräfte der 9. Armee aus dem Kursker Frontbogen abgezogen und zur Verteidigung in den Bereich der 2. Panzerarmee verlegt werden. Die Operation »Zitadelle« war damit grundsätzlich gescheitert.

Im Süden wollte Generalfeldmarschall von Manstein dagegen weiter angreifen. Im Gegensatz zu Models 9. Armee hatten die 4. Panzerarmee und die Armeeabteilung Kempf weiter Boden gewonnen und am 11. Juli sogar den dritten sowjetischen Verteidigungsgürtel durchstoßen. Um die Angreifer endlich zum Stehen zu bringen, warf das sowjetische Oberkommando daraufhin



Erschöpft und geschlagen: Ein Soldat der Wehrmacht sitzt auf der Lafette eines schweren Infanteriegeschützes 33 (15 cm) im Gebiet Orjol, Sommer 1943.

vorzeitig Teile der Steppenfront in die Schlacht, und zwar die 5. Gardearmee und die 5. Gardepanzerarmee. Das II. SS-Panzerkorps wehrte deren Gegenangriffe am 12. Juli bei Prochorowka ab und fügte den sowjetischen Truppen schwere Verluste zu. Manstein war infolgedessen optimistisch, dass die Offensive im Südabschnitt des Kursker Frontbogens erfolgreich weitergeführt werden könne. Bei einer Zusammenkunft mit Hitler am 13. Juli konnte er zwar nicht verhindern, dass der Diktator die (bei der 9. Armee ohnehin bereits fehlgeschlagene) Offensive »Zitadelle« abbrach. Manstein erhielt von Hitler aber die Erlaubnis, zumindest noch die sowjetischen Truppen anzugreifen, die in den Flanken der 4. Panzerarmee standen. Bevor die Umgruppierung für den geplanten Schlag abgeschlossen war, traten jedoch zwei sowjetische Heeresgruppen weiter im Süden zur Offensive an, um das Donezbecken zurückzuerobern. Um einen Durchbruch der Roten Armee auf Stalino (heute: Donezk) zu verhindern, mussten einige der schlagkräftigsten Verbände aus der Front bei Kursk herausgezogen und ins Donezbecken geschickt werden. Den deutschen Verbänden gelang es, die sowjetische Offensive abzuwehren und im Gegenangriff die alte Frontlinie weitgehend

wiederherzustellen. Allerdings hatten die Sowjets ein wichtiges Ziel erreicht: die erhebliche Schwächung der deutschen Front nördlich von Charkow.

### Sieg um welchen Preis?

Die sowjetische Führung sah nunmehr die Voraussetzung erfüllt, um die letzte Phase der Kursker Schlacht einzuleiten, nämlich die oben bereits erwähnte Offensive bei Charkow mit dem Decknamen »Rumjanzew«. Sie begann am 3. August 1943. Den beteiligten sowjetischen Heeresgruppen, der Woronescher Front und der Steppenfront, standen zu Angriffsbeginn insgesamt eine Million Soldaten sowie 2440 Panzer und Selbstfahrlafetten zur Verfügung. Dem Druck dieser Masse an Kräften konnten die geschwächten deutschen Verbände der 4. Panzerarmee und der Armeeabteilung Kempf nicht standhalten. Um nicht zerschlagen zu werden, mussten sie zurückweichen. Bereits am 5. August eroberte die Rote Armee Belgorod zurück. Am selben Tag gelang es sowjetischen Truppen, Orjol zu befreien, denn die Operation »Kutusow« im Norden von Kursk zwang auch Models Verbände, sich Stück für Stück nach Westen zurückzuziehen. Am 23. August rückten Verbände der Steppenfront schließlich in Charkow

ein und beendeten damit die 50-tägige Kursker Schlacht. Diese war nicht nur die größte des Zweiten Weltkriegs, sondern für beide Seiten auch eine der blutigsten Schlachten überhaupt. Während die Ausfälle der Wehrmacht bei rund 203 000 getöteten, verwundeten und vermissten Soldaten, 1200 zerstörten Panzern und Selbstfahrlafetten sowie 650 Flugzeugen lagen, verlor die Rote Armee wahrscheinlich etwa 1,2 Millionen Soldaten, 7000 Panzer und Selbstfahrlafetten sowie 3000 Flugzeuge. Im Gegensatz zum Deutschen Reich konnte die Sowjetunion ihre Ausfälle ausgleichen und die Wehrmacht schließlich auf deutschem Boden völlig niederwerfen. Allerdings erreichte die Rote Armee dieses Ziel erst wesentlich später, als die sowjetische Führung 1943 gehofft hatte - und zwar nicht zuletzt aufgrund des enormen Preises, den sie für den Sieg bei Kursk gezahlt hatte.

**Dr. Roman Töppel** arbeitet als freiberuflicher Historiker in München.

#### Literaturtipp

Roman Töppel, Kursk 1943. Die größte Schlacht des Zweiten Weltkriegs, Paderborn 2017.



Türkische Planzeichnung Wiens 1683, Wien Museum.

# Die Belagerung Wiens 1683

### Von Harald Potempa

in Krieg setzt sich zumeist aus mehreren Schlachten zusammen, in denen Soldaten das machen, was sie gelernt haben: kämpfen. Letzteres kann bisweilen in ein gewalttätiges Blutbad ausarten, in ein »Schlachten«. Entscheiden jedoch Schlachten einen Krieg?

Sicherlich nicht immer. Erstens starben bis in die 1870er Jahre im Krieg mehr Soldaten an Krankheiten als durch Feindeinwirkung und zweitens sollte die Belagerung nicht vergessen werden. Zu ihrer Abwehr gab es zwei Möglichkeiten: Ausfall der Belagerten oder Hilfe durch eine Entsatzarmee.

In der Schlacht am Kahlenberg am 12. September 1683 griff die seit dem 14. Juli vor Wien stehende Belagerungsarmee Sultan Mehmeds IV. die Stadt an. Die Attacke beendete die nach 1529 zweite »Türkenbelagerung«. Daraus könnte gefolgert werden, dass es sich zum einen bei den Truppen des Osmanischen Reiches, angeführt von Großwesir Kara Mustafa, vornehmlich um Türken handelte, die zum anderen allesamt Muslime waren, um daraus einen »immerwährenden Gegensatz« zwischen muslimischem Morgen- und christlichem Abendland zu machen. Die 120 000 Mann aber bestanden nur zum Teil aus »Türken«. Hinzu kamen zur Heerfolge verpflichtete Soldaten aus Südosteuropa, unter denen sich viele Christen befanden. Sie belagerten seit dem 14. Juli die Residenzstadt der Habsburger und damit auch der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Die von einem anonymen osmanischen Künstler oder Offizier, die damals zeichnen können mussten, erstellte kolorierte, mit der Feder ausgeführte Planzeichnung stellt die Belagerung sehr schematisch dar. Solche Skizzen sind für die Zeit nicht ungewöhnlich. Die Besonderheit liegt darin, dass sie 1688 von kaiserlichen Truppen bei Belgrad erbeutet und daher stolz bewahrt wurde, ähnlich wie die »Türkenzelte«. In der Mitte ist die Stadt mit ihren Türmen und Häusern sowie ihren starken Befestigungen zu sehen, die mit Kanonen ausgestattet sind. Wie bei vielen Belagerungen wurden auch in Wien die Lebensmittel bald knapp, Seuchen brachen aus und die etwa 16 000 Verteidiger mussten sich hinter und unter ihren Mauern und Bastionen einer gewaltigen Übermacht erwehren.

Diese Fortifikationen sollten nun bekämpft werden: Dargestellt ist der sich seit dem 14. Juli immer enger schließende Belagerungsring, um die Versorgung der eingeschlossenen Stadt gänzlich zu unterbinden. Dazu waren ein enormer Kräfteansatz und die eingezeichnete schwer heranzuschaffende

Belagerungsartillerie notwendig. Sie sollte einerseits den sich in immer neuen Laufgräben an die Stadtmauern heranarbeitenden Angreifern Feuerschutz geben, andererseits die Fortifikationen beschädigen. Waren die Angreifer nahe genug, begann der unterirdische Krieg. Sie trieben Stollen unter die eingezeichneten Befestigungen, füllten sie mit Schießpulver und sprengten sie. Die Verteidiger hoben Gegenstollen aus und versuchten, eben dieses zu verhindern.

Das Lager des Osmanischen Heeres ist zeichnerisch angedeutet. In einer Zeit permanenter Missernten und Hungersnöte brachte die Konzentration vieler Menschen und Tiere auf engem Raum Probleme in puncto Versorgung mit Nahrung und Wasser, aber auch bei der sanitären Hygiene. Eines fehlt auffälligerweise in der Zeichnung: Die damals übliche Sicherung der Belagerungsarmee nach außen durch Feldbefestigungen, Spanische Reiter oder ähnliches. Somit war die osmanische Armee gegen den Angriff des Entsatzheeres aus dem Wienerwald weitgehend ungeschützt und konzentrierte sich nur auf die Belagerung.

Bis die Entsatzarmee sich aber ab dem 4. September stromaufwärts in Tulln an der Donau tatsächlich versammelte, vergingen Monate, in denen verhandelt und Truppen herangeführt wurden. Zwar galt das Osmanische Reich als Gefahr und die Belagerung Wiens als Bedrohung. Die Bereitschaft aber, dagegen ins Feld zu ziehen, hielt sich in Grenzen und macht den Mythos-Charakter des scheinbar so einigen christlichen Abendlands deutlich. Zugeständnisse und Zahlungen wirkten eher. Zunächst einmal musste der französische König Ludwig XIV., der engste europäische Verbündete des Sultans, dazu gebracht werden, die Westgrenze des Reiches nicht zu attackieren. Zwar stand dem Kaiser eigenes Militär zur Verfügung, er konnte zudem die Reichsarmee mobilisieren, musste aber darüber hinaus Militärhilfs-Verträge unter anderem mit Bayern, Baden, Sachsen, Polen, Venedig und dem Vatikan abschließen, um die notwendigen 70 000 Mann aufzubieten. Bereits über die Frage des Oberbefehls war Streit entstanden und tatsächlich zerbrach die Einigkeit nach dem Sieg am Kahlenberg am 12. September rasch.

Dem Töten muss also das Siechtum an die Seite gestellt werden, den Schlachten die Belagerungen, die Logistik, die Ressourcen, die Diplomatie und die Politik. Anders lässt sich Krieg nicht analysieren.

# Von Helsinki nach Paris

# Die KSZE als Beginn der europäischen Sicherheitsarchitektur

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) begann als Konferenzfolge über europäische Sicherheitsfragen. Mit der Zeit entwickelte sie sich jedoch zu einem Motor der Transformation im Ost-West-Konflikt. Sie trug wesentlich dazu bei, den eisernen Vorhang des Kalten Krieges zu überwinden.

Von Matthias Peter



or genau fünfzig Jahren, vom 3. bis zum 7. Juli 1973, kamen die Außenminister von 35 europäischen und nordamerikanischen Staaten in Helsinki zusammen und gaben den Startschuss für einen seit dem Wiener Kongress von 1815 nicht mehr erlebten diplomatischen Konferenzmarathon. Erst 17 Jahre später mit der Verabschiedung der »Charta von Paris für ein Neues Europa« – der »Magna Charta der Freiheit«, wie sie Bundeskanzler Helmut Kohl nannte - erreichte dieser diplomatische Prozess seinen Höhepunkt. Vorausgegangen waren bereits mehrere Monate der Vorbereitung durch Diplomaten, um Konferenzregeln und Tagesordnung festzulegen. Wie kam es überhaupt zu einem so umfassenden Konferenzprozess?

Die Idee zu einer europäischen Sicherheitskonferenz war sowjetischen Ursprungs. Bereits in den 1950er Jahren warb Moskau für eine solche Konferenz, allerdings ohne Erfolg. Zu offensichtlich waren die eigentlichen Ziele des Kremls: die USA aus Europa zu verdrängen und eine Aufnahme der jungen Bundesrepublik in die NATO zu verhindern. Erst die Ost-West-Entspannung des folgenden Jahrzehnts sorgte für bessere Rahmenbedingungen. Mit dem »Harmel-Bericht« der NATO vom Dezember 1967, der das Angebot zum Dialog mit dem Osten mit der Notwendigkeit ausreichender militärischer Verteidigungsbereitschaft verklammerte, vollzog auch das westliche Bündnis einen Kurswechsel. Nun waren die NATO-Mitglieder bereit, eine Note, mit der die finnische Regierung 1969 alle

europäischen Staaten zu einer Konferenz nach Helsinki einlud, positiv zu beantworten. Zur Bedingung machten die europäischen NATO-Staaten insbesondere die Teilnahme der USA und Kanadas.

### Bundesrepublikanische Skepsis

In Bonn stand man dem Konferenzprojekt seit jeher skeptisch gegenüber. Der allgemeine Trend zur Ost-West-Entspannung drohte die Bundesrepublik jedoch politisch zu isolieren. Zudem wuchs die Erkenntnis, dass die Konferenz auch die Möglichkeit bot, eigene ostpolitische Ziele voranzutreiben. Deshalb begrüßte die 1969 ins Amt gekommene sozialliberale Koalition die finnische Initiative grundsätzlich. Sie bestand jedoch darauf, zunächst



Gemeinsam für Sicherheit: 35 Staats- und Regierungschefs unterzeichnen am 1. August 1975 die Schlussakte des ersten KSZE-Gipfels in Helsinki. V. li.: Helmut Schmidt (Bundesrepublik Deutschland), Erich Honecker (DDR), Gerald Ford (USA) und Bruno Kreisky (Österreich).

die deutschland- und berlinpolitischen Probleme zu regeln, um sie nicht zum Spielball einer multilateralen Konferenz zur europäischen Sicherheit werden zu lassen. Dies gelang durch die Verträge mit der UdSSR (1970) und Polen (1970), dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (1971) und dem Grundlagenvertrag mit der DDR (1972).

Alle westlichen Bedingungen waren damit erfüllt. In den nächsten beiden Jahren schmiedeten Diplomaten in Genf aus der Vielzahl an Textvorschlägen ein kohärentes Dokument. Dieses wurde schließlich auf einer Gipfelkonferenz vom 30. Juli bis 1. August 1975, zu der sich alle europäischen Staats- und Regierungschefs (mit Ausnahme Albaniens) sowie jene aus den USA und Kanada in der finnischen Hauptstadt einfanden, feierlich unterzeichnet.

### 10 Prinzipien der KSZE-Schlussakte

- die Achtung der souveränen Gleichheit und Individualität sowie der damit verbundenen Rechte, einschließlich des Rechts, »ihre Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung« zu ändern, und des Rechts, »internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören«;
- die Enthaltung der Androhung oder Anwendung von Gewalt;
- die Unverletzlichkeit der Grenzen;
- die territoriale Integrität;
- die friedliche Streitregelung;
- die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten;
- die Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit;
- das Selbstbestimmungsrecht der Völker;
- die Zusammenarbeit zwischen den Staaten unter Beachtung der Charta der Vereinten Nationen und der KSZE-Normen;
- und schließlich die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben (und damit die Unberührtheit der Vier-Mächte-Rechte für Berlin und Deutschland als Ganzes).



Militärbeobachter aus 23 KSZE-Signatarstaaten begleiten im April 1988 die Übung »Drushba 88« im Raum Magdeburg.

Inhaltlich sortierten sich die Themen in vier sogenannten »Körben«. Der erste Korb der KSZE-Schlussakte bestand aus zehn Prinzipien, von denen sich die Teilnehmerstaaten in ihren Beziehungen zueinander leiten lassen wollten:

Der erste Korb enthielt auch eine Erklärung über militärische Vertrauensbildung und Abrüstung, deren Kern aus der freiwilligen Ankündigung von Manövern und der Zulassung von Beobachtern bestand. Mit den Dokumenten des ersten Korbes etablierte die Schlussakte die Menschenrechte als Thema der zwischenstaatlichen Beziehungen und begründete mit der hervorgehobenen Rolle der militärischen Vertrauensbildung die Einheit von politischer und militärischer Entspannung im KSZE-Prozess.

Korb zwei widmete sich der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie Umwelt. Von besonderer Brisanz waren die in Korb drei zusammengefassten Maßnahmen zur »Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen«. Die Warschauer-Pakt-Staaten befürchteten nicht ohne Grund, dass von einer blockübergreifenden Vertiefung der menschlichen Kontakte eine destabilisierende

Wirkung auf das kommunistische Herrschaftssystem ausgehen werde. Diese Gefahr wurde aber vom Kreml als beherrschbar angesehen und durch die vermeintliche Sicherung seines nach 1945 erlangten Besitzstandes mehr als aufgewogen. Der in seiner Bedeutung oft unterschätzte Korb vier über die Konferenzfolgen legte schließlich den Mechanismus des künftigen Verhandlungsprozesses fest. Die KSZE-Staaten vereinbarten ein Nachfolge- und drei Expertentreffen, ersteres mit dem zweifachen Ziel, das bisher Erreichte zu prüfen und über Ort und Zeitpunkt des nächsten Treffens zu entscheiden.

### Folgekonferenzen

Nach diesem Schema wurden bis 1990 drei Folgekonferenzen abgehalten und zahlreiche Expertentreffen. Sie bildeten den Motor des KSZE-Prozesses. Nach einem ergebnislosen Überprüfungstreffen in Belgrad (1977–1978) brachte aber erst die zweite Folgekonferenz in Madrid (1980–1983) den entscheidenden Durchbruch. Und dies wider Erwarten, hatte sich doch das Klima der Ost-West-Beziehungen nach der NATO-Entscheidung im Dezember 1979 zur

Nachrüstung mit nuklearen Mittelstreckenwaffen und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan an Weihnachten desselben Jahres dramatisch abgekühlt.

Daneben waren es aber vor allem Rückschläge im Kernbereich der Schlussakte, welche die Konferenz überschatteten. So erhöhte die DDR den Zwangsumtausch von D-Mark in DDR-Währung für Reisen nach Ost-Berlin und in die DDR und ergriff weitere Maßnahmen, um vor allem gegen ausreisewillige eigene Bürger vorzugehen. Auch die UdSSR ging immer härter gegen Dissidenten vor, bis sie 1982 die Auflösung der Moskauer Helsinki-Gruppe erreichte. Dieser Linie entsprach die Verfolgung von Mitgliedern der Bürgerrechtsbewegung »Charta 77« durch die Machthaber in Prag. Als besondere Belastung für den KSZE-Prozess sollte sich aber die Entwicklung in Polen erweisen, wo das kommunistische Regime auf die wachsenden Proteste der polnischen Arbeiter und ihrer Gewerkschaft Solidarność mit der Verhängung des Kriegsrechts am 12./13. Dezember 1981 reagierte - ein flagranter Verstoß gegen die Helsinki-Schlussakte in einem KSZE-Teilnehmerstaat. Entgegen westlicher Absichten, so schien es, verWiderstand trotz Gegenwehr: Demonstration der polnischen Gewerkschaft Solidarność Anfang Mai 1982. Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 verfolgte der staatliche Sicherheitsdienst Mitglieder der Bewegung, die sich für Demokratie und Freiheit einsetzte.



schaffte der KSZE-Prozess den Oppositionellen keine Freiräume. Die Kritik der Öffentlichkeit im Westen an der Haltung ihrer Regierungen und die Zweifel an der Durchsetzbarkeit der Helsinki-Normen wuchsen.

### Vertrauensbildende Maßnahmen

Die KSZE-Folgekonferenz hing nun am seidenen Faden. Trotzdem gelang es den Diplomaten, einen Abbruch zu vermeiden und nach fast einjähriger Pause im Sommer 1983 ein Schlussdokument zu verabschieden, das in mehrfacher Hinsicht einen Meilenstein im KSZE-Prozess darstellte. Der Schlüssel zum Erfolg lag in der Einigung auf eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE). Dieser Beschluss entsprach einem lange gehegten Wunsch Moskaus nach einer Sicherheitskonferenz, wenngleich in veränderter und mit westlichen Vorstellungen kompatibler Form, indem in einer »ersten Phase« nur über Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung gesprochen werden sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, war der Kreml zu erheblichen Zugeständnissen im humanitären Kapitel der Schlussakte bereit. Moskau willigte am Ende sogar in Expertentreffen über Menschenrechte, zur Verbesserung der menschlichen Kontakte und über kulturelle Kooperationen ein und setzte sich damit brüsk über die Bedenken der DDR hinweg. Die Ost-Berliner Machthaber hatten angesichts einer wachsenden Ausreisebewegung wiederholt vor den Folgen östlicher Konzessionen im humanitären Bereich gewarnt, mussten

sich aber letztlich dem Druck der östlichen Führungsmacht fügen.

Die Madrider Schlusserklärung bildet neben der Helsinki-Schlussakte das zweite Grundlagendokument des KSZE-Prozesses. Es erlangte in doppelter Hinsicht Bedeutung. Erstens stellte die Verknüpfung einer erweiterten humanitären Agenda mit dem Beginn einer KVAE und perspektivisch einer Abrüstungskonferenz einen entscheidenden

Meilenstein in Madrid: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf der Abschlusssitzung der KSZE-Konferenz in Madrid 1983.



Schritt zum Ausbau der KSZE-Materie dar. Tatsächlich gelang es der Stockholmer KVAE (1984–1986), einen Katalog neuartiger vertrauensbildender Maßnahmen zu verabschieden.

#### »Vom Atlantik bis zum Ural«

Dies galt vor allem für die Bereiche der Manöverankündigung und -beobachtung sowie der Verifikation durch verbindliche Vor-Ort-Inspektionen. In der Folge kam es 1987 erstmals auch zum Austausch von Manöverbeobachtern zwischen beiden deutschen Staaten. Richtungsweisend sollte schließlich das Zugeständnis Moskaus sein, den Geltungsbereich der Maßnahmen auf das gesamte Europa »vom Atlantik bis zum Ural« auszudehnen, das heißt unter Einschluss des europäischen Teils der Sowjetunion.

Zweitens veranlassten das Madrider Schlussdokument und der Beginn der Stockholmer KVAE den westdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, mit Überlegungen über die Grundlagen einer künftigen europäischen Friedensordnung zu beginnen. Madrid markierte somit auch den seit Mitte der 1980er





Wegweisend: Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow verkündet in einer Rede vor den Vereinten Nationen erste einseitige Schritte zur Abrüstung, 7. Dezember 1988.

Jahre immer stärker erkennbaren Übergang der KSZE von einer Stabilisierungsund Steuerungsfunktion zu einer Transformationskraft im Ost-West-Konflikt. Dazu trug aber noch ein anderes Ereignis entscheidend bei. Der Amtsantritt Michail Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 und dessen Politik der Perestroika (Umbau) öffneten Handlungsspielräume für die Ost-West-Beziehungen, die entscheidend zum Ende des Kalten Krieges beitrugen. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die KSZE für Gorbatschow der entscheidende Baustein für sein immer wieder herausgestelltes Projekt des »Gemeinsamen Hauses Europa« war. Der Zusammenhang von KSZE und europäischer Friedensordnung stand folglich auch im Zentrum des Besuchs von Genscher in Moskau im Juli 1986.

Der unter Gorbatschow eingeleitete außen- und sicherheitspolitische Kurswechsel des Kremls prägte schließlich auch die dritte Folgekonferenz, die 1986 bis 1989 in Wien stattfand. Sie brachte materielle und strukturelle Neuerungen, die bislang unvorstellbar waren.

### Transformationen im Ost-West-Konflikt

Von besonderer Bedeutung war, dass erstmals die Menschenrechte für Einzelpersonen, aber auch Gruppen überprüfbar werden sollten. Auch auf drei eigens einzuberufenden Konferenzen in Paris, Kopenhagen und - auf ausdrücklichen Wunsch von Gorbatschow - Moskau sollte weiter über Menschenrechtsfragen beraten werden. Ebenso wegweisend war die Entscheidung, in zwei getrennten Konferenzen über die Fortschreibung der militärischen Vertrauensbildung sowie endlich auch über konventionelle Abrüstung in Europa zu sprechen. Das Abschlussdokument von Wien, so resümierte der deutsche KSZE-Delegationsleiter Detlef Graf zu Rantzau, habe damit »die auf Europa bezüglichen multilateralen West-Ost-Verhandlungsforen grundsätzlich neu« strukturiert und leitete »eine in der europäischen Nachkriegsgeschichte präzedenzlose politische Entwicklung« ein.

In der Folgezeit wurde die KSZE, von der Dynamik der deutschen Wiedervereinigung und des Umbruchs in Ost- und Ostmitteleuropa geprägt, aber auch selbst zum Akteur der Transformation. Vom 19. bis 21. November 1990 kamen die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten – jetzt ohne die DDR – zu ihrem nach Helsinki 1975 zweiten Gipfel in Paris zusammen. In der bei diesem Anlass unterzeichneten »Charta von Paris für ein Neues Europa« erklärten sie die Ost-West-Konfrontation für beendet. Für die Bundesrepublik war die Erklärung aber noch aus einem anderen Grund von Bedeutung. Die höchsten Repräsentanten Europas nahmen mit ihr nämlich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zur Kenntnis. Was sechs Wochen zuvor im Zwei-plus-Vier-Vertrag von den beiden deutschen Staaten und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges vertraglich ausgehandelt worden war, wurde nun in Paris, so fasste es Helmut Kohl zusammen. »unter dem europäischen Dach vollendet«.

Die Charta stellte aber auch wichtige Weichen für die Weiterentwicklung der KSZE. Regelmäßige Zusammenkünfte auf höchster Ebene, die Einrichtung eines Rats der Außenminister als höchste Entscheidungsinstanz und eines Ausschusses Hoher Beamter als zentralem Lenkungsorgan, ferner ein ständiges Sekretariat (in Prag), ein Konfliktverhütungszentrum (in Wien) und ein Büro für freie Wahlen (in Warschau) sowie die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung der KSZE leiteten den Umbau der KSZE von einem schrittweise vorgehenden diplomatischen Verhandlungsprozess im Kalten Krieg zur Schaffung ständiger Einrichtungen mit operativen Aufgaben der Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung ein.

Zu dem Dokumentenpaket von Paris gehörten schließlich noch der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) sowie das »Wiener Dokument 1990« über vertrauensbildende Maßnahmen, die 1989/90 ausgehandelt worden waren. Während die beiden Bündnisse im KSE-Vertrag erstmals eine konventionelle Parität bei Land- und Luftstreitkräften auf niedri-



Ende des Ost-West-Konfliktes? Die wichtigsten Staats- und Regierungschefs beschließen am 21. November 1990 die sogenannte Charta von Paris. In ihr wurde nicht nur der Kalte Krieg für beendet erklärt, sondern auch die deutsche Wiedervereinigung anerkannt.

gerem Niveau herstellten, einigten sich die 35 KSZE-Teilnehmer im Wiener Dokument unter anderem auf einen jährlichen Informationsaustausch über ihre Streitkräfte und auf den Ausbau der militärischen Kontakte.

Die KSZE erwies sich so als zentral für das Ende der Ost-West-Konfrontation, einschließlich der Wiedervereinigung. Das sollte jedoch nicht zu dem Schluss verleiten, dass diese Entwicklung vorhersehbar oder gar geplant war. Mehrfach stand die Konferenz vor dem Abbruch. Auch sind die unterschiedlichen Interessen zwischen westlichen, östlichen und neutralen Teilnehmern, aber auch innerhalb der drei Staatengruppen Beleg dafür, dass die Verhandlungen keinem »Drehbuch« folgten, sondern sich vielmehr Optionen und Handlungsspielräume erst während des Konferenzverlaufs öffneten oder auch wieder schlossen.

### Von der KSZE zur OSZE

Die Dokumente von Helsinki, Madrid und Wien sowie die Charta von Paris sollten die normative und operative

Grundlage für eine europäische Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Krieges legen. Es überrascht daher nicht, dass die KSZE-Dokumente in den Folgejahren in zahlreiche bi- und multilaterale Verträge und Erklärungen Eingang fanden, so in die Freundschaftsund Partnerschaftsverträge, welche das wiedervereinige Deutschland 1991/92 mit Polen, Ungarn, Rumänien sowie der Tschechischen und Slowakischen Republik schloss. Auch in den Präambeln der »Europa-Abkommen« zur Assoziierung dieser Länder mit der EU 1991 und 1993 erhielten sie einen prominenten Platz. Die Magnetwirkung, die von der KSZE in den 1990er Jahren ausging, wird auch durch die Aufnahme neuer Teilnehmerstaaten belegt, deren Zahl beim vierten KSZE-Folgetreffen 1992 in Helsinki bereits auf 51 gestiegen war. Höhepunkt dieser Transformation war die Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf dem Budapester Gipfel im Dezember 1994.

Doch die außerordentlich großen Hoffnungen an die KSZE wichen in den folgenden Jahren der Ernüchterung. Der disziplinierende Einfluss, den der Ost-West-Konflikt auf die Teilnehmerstaaten ausgeübt hatte, schwand. Stattdessen setzten das Ende des sowjetischen Herrschaftssystems in Ostmittel- und Osteuropa und der Zerfall Jugoslawiens zentrifugale Kräfte frei, welche die Wirksamkeit der KSZE/OSZE einschränkten. Bis heute ist die OSZE ein wichtiges Element in der Sicherheitsarchitektur Europas. Unter den veränderten Bedingungen nach dem Ende des Kalten Krieges konnte sie jedoch die weitergehenden Erwartungen als »Motor gesamteuropäischer Friedenspolitik« (Helmut Kohl) nicht erfüllen. Dieser Befund wiegt umso schwerer angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, den Moskau unter Missachtung der Verpflichtungen aus der Helsinki-Schlussakte und der Charta von Paris führt.

Dr. Matthias Peter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München-Berlin und stellvertretender Leiter der Abteilung im Auswärtigen Amt.

### Napoleon und die Seeschlacht von Abukir

ach dem Ersten Koalitionskrieg von 1792–97 stand Frankreich unter anderem ein potenter Gegner gegenüber: Großbritannien. Um die britische Vormachtstellung im Mittelmeerraum zu brechen und den französischen Einfluss dort zu stärken, wies das regierende Direktorium General Napoleon Bonaparte an, Ägypten vom Osmanischen Reich zu erobern. Dadurch besäße Frankreich Zugriff auf die enormen Ressourcen Ägyptens und könnte die Kommunikationslinie zu Britisch-Indien empfindlich stören.

In der zweiten Maihälfte 1798 lief eine Flotte aus etwa 280 Handels- und 18 Kriegsschiffen von Südfrankreich mit 32 000 Soldaten an Bord in Richtung Ägypten aus. Napoleon landete am 1. Juli bei Alexandria und eroberte die Stadt am nächsten Tag. Dann marschierte er nach Kairo. Die osmanische Mamluken-Armee Murad Beys stellte sich den 20 000 vorrückenden Franzosen in der Ebene zwischen den Pyramiden und dem Nil entgegen. Seine

35 000 Soldaten blieben am 21. Juli ohne Erfolg. Napoleon hatte nur 29 Tote und 300 Verwundete gegenüber mehr als 20 000 Verlusten Murads zu beklagen. Am 24. Juli zog Napoleon in Kairo ein und beendete das 700-jährige Kapitel direkter osmanischer Herrschaft über Ägypten.

Noch am selben Tag stach die britische Mittelmeerflotte unter Admiral Horatio Nelson auf der Jagd nach der französische Invasionsflotte von Syrakus aus in See. Er fand sie am Nachmittag des 1. August 20 Kilometer nordöstlich von Alexandria in der Bucht von Abukir. Aus der Bewegung heraus griff Nelson kurzentschlossen die dort ankernde Flotte an. Seine 14 Linienschiffe nutzten eine Lücke zwischen den 17 ankernden Schiffen und einer Untiefe, um den Gegner mit lokaler Überlegenheit niederzukämpfen. Gegen Mitternacht hatte die Schlacht ihren Höhepunkt erreicht. Vier französische Schiffe waren gesunken und neun wurden erobert. Am Ende zählten die Franzosen mehr als 5000

Gefallene bei gerade einmal 218 Toten der Royal Navy.

Napoleons ambitionierter Plan, nach Indien zu marschieren, war nun Makulatur geworden. In Ägypten gefangen, kämpfte seine Armee ohne Chance auf Verstärkung auf verlorenem Posten. So kehrte Napoleon im August 1799 allein nach Paris zurück. 1801 landeten nun die Briten selbst in der Bucht von Abukir und befreiten an der Seite osmanischer Truppen Ägypten bis zum Spätsommer von den Franzosen.

Auf See hatte sich das Schicksal der siegverwöhnten französischen Armee erfüllt. Sowohl Napoleon als auch Nelson wurden zwar beide für ihre Siege gefeiert, strategisch bedeutsamer war aber der britische Seesieg von Abukir, der den Ägyptenfeldzug Napoleons letztendlich entschied. Deshalb gilt Abukir bis heute als eine der entscheidendsten Schlachten der Seekriegsgeschichte.

Christian Jentzsch



Französische Niederlage: In der Seeschlacht bei Abukir vernichtet die englische Flotte unter Lord Nelson die französische Flotte Napoleons, Gemälde 1801.

### 27. August 1928

### Briand-Kellogg-Pakt

m 27. August 1928 unterzeichnen 15 Staaten den »Vertrag über die Ächtung des Krieges« in Paris. Es folgen weitere Länder, sodass bis 1939 mehr als 60 Nationen den Vertrag unter-



Der US-amerikanische Außenminister Kellogg bei der Vertragsunterzeichnung in Paris, 27. August 1928.

schrieben. Erstmals hatten Staaten vereinbart, auf »Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle [...] und [...] als Werkzeug nationaler Politik [zu] verzichten«. In den Nürnberger Prozessen zur Ahndung der hauptverantwortlichen nationalsozialistischen Funktionäre wurde dieser Vertrag die Grundlage für die Verfolgung der Verbrechen gegen den Frieden und damit für den heutigen Tatbestand des Verbrechens der Aggression im Völkerstrafrecht.

Die Initiative für den Vertrag war im Jahr 1927 vom französischen Außenminister Aristide Briand ausgegangen, um die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten gegen das Deutsche Reich zu stärken. Stattdessen schlug der US-amerikanische Außenminister Frank Billings Kellogg vor, dass das Abkommen zwischen

27. Juli 1953

den Staaten geschlossen werden sollte, um einen gegenseitigen Kriegsverzicht zu vereinbaren. Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann sah darin die Chance, die Isolation des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg zu beenden. Das Deutsche Reich konnte sich als friedenswillig präsentieren und sein Verhältnis mit den Vereinigten Staaten verbessern, mit denen die Reparationsverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg noch nicht abgeschlossen waren.

Allerdings konnte der Briand-Kellogg-Pakt die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Es fehlte ein Sanktionsmechanismus, um die Staaten dazu zu zwingen, den Vertrag auch einzuhalten.

Henning de Vries

### Das Ende des Koreakrieges

er 27. Juli 1953 markiert das Ende eines heißen Krieges, der drei Jahre lang in Asien gewütet hatte. Die Teilung Koreas 1945, aus der ein kommunistischer Norden und ein demokratischer Süden hervorgegangen waren, führte zu Spannungen, die sich im Kontext des Kalten Krieges verschärften. Im Juni 1950 eskalierte der Konflikt. Nordkoreanische Truppen marschierten in den Süden ein. Nach der Verurteilung durch die Vereinten Nationen (VN) beschloss der Sicherheitsrat, militärisch einzugreifen. Die VN-Truppen unter US-amerikanischem Oberbefehl drängten die gegnerischen Verbände schnell bis an die chinesische Grenze zurück. Mit chinesischer und sowjetischer Unterstützung gelang es wiederum Nordkorea, die VN-Truppen zurückzuschlagen. Der Krieg entwickelte sich zu einem Stellungskrieg.

Bereits 1951 hatte es erste Waffenstillstandsverhandlungen gegeben, die jedoch scheiterten. Der maßgeblich von den USA und der Sowjetunion initiierte Waffenstillstand vom 27. Juli 1953 war auch der veränderten innenpolitischen Lage in der Sowjetunion zuzuschreiben. Auf den Tod Josef Stalins im März 1953 folgte eine kooperativere Phase in der sowjetischen Außenpolitik, die den Waffenstillstand begünstigte. Im Anschluss wurde auf der koreanischen Halbinsel eine vier Kilometer breite entmilitarisierte Zone eingerichtet. Sie verläuft entlang des 38. Breitengrades. Der Krieg hatte somit keine Landgewinne gebracht und zugleich Millionen von Opfern gefordert.

In der Bundesrepublik Deutschland meinten viele, Ähnlichkeiten zur eigenen Situation erkennen zu können. Tatsächlich entstand nach der Festschrei-



Unterzeichung des Waffenstillstandsabkommens im Grenzort Panmunjom, 27. Juli 1953.

bung der koreanischen Teilung eine in mancher Hinsicht vergleichbare Lage – die jedoch, im Gegensatz zur deutschdeutschen Teilung, deren Ende 1989 mit dem Mauerfall eingeleitet wurde, bis heute andauert. Noch heute existiert kein gültiger Friedensschluss für Korea.

Cornelia Juliane Grosse

# Die Bundeswehr in Somalia 1992–1994

### Engagement mit begrenztem Einsatz?

Die bis heute größte deutsche Beteiligung an einer Mission der Vereinten Nationen (VN) war die Entsendung von bis zu 1737 Angehörigen der Bundeswehr in die United Nations Operation in Somalia II (UNOSOM II). Das Engagement in Somalia erfolgte jedoch reaktiv und überwiegend aus bündnispolitischen Erwägungen. Es war keineswegs alternativlos.

### Von Torsten Konopka



Unterm blauen Barett: Soldaten des deutschen UNOSOM-II-Kontingents bei der Ankunft in Somalia, 18. Dezember 1993.

nfang der 1990er Jahre tobte in Somalia ein innerstaatlicher Konflikt. Gepaart mit Dürre und Krankheiten forderte er den Tod hunderttausender Menschen. Die Vereinten Nationen (VN) entsandten im Frühjahr 1992 die kleine, wirkungslose Beobachtermission United Nations Operation in Somalia (UNOSOM) und errichteten im Sommer eine humanitäre Luftbrücke. Die Bundesregierung unterstützte lediglich letztere. Zwischen August 1992 und März 1993 transportierten zunächst zwei, später drei Transall-Flugzeuge der Luftwaffe Hilfsgüter vom kenianischen Mombasa nach Somalia und Nordkenia. Der Unterstützung vorausgegangen waren eine Bitte des Kinderhilfswerks UNICEF, die Ankündigung eines Engagements der USA sowie Medienberichte über das Leid der dortigen Bevölkerung. Zudem flog die Luftwaffe seit Sommer 1992 Hilfsgüter in das von bosnischen Serben belagerte Sarajevo in Bosnien und Herzegowina. Um die Kritik aus Afrika zu entkräften, die Welt und damit auch Deutschland kümmere sich nur um europäische Konflikte, sah das Auswärtige Amt (AA) in der somalischen Luftbrücke eine Möglichkeit, auch in Afrika sichtbar in Erscheinung zu treten.

Eine deutsche Beteiligung an der UNOSOM lehnte das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) jedoch ab. Im Sommer 1992 hatte die SPD gegen das Engagement der Bundesmarine in der Adria zur Durchsetzung eines Waffenembargos gegen die Bundesrepublik Jugoslawien geklagt. Vor der Klärung durch das Bundesverfassungsgericht wollte das BMVg auf weitere Beteiligungen der Bundeswehr im Ausland verzichten. Das BMVg strebte danach, weltweit als militärisch gleichberechtigter NATO-Partner agieren zu können. Dieses Ziel sollte nicht durch militärpolitisch unwichtige Maßnahmen wie in Somalia, die sich negativ auf die Meinung der Richter auswirken konnten, gefährdet werden. Eine informelle Anfrage der Vereinten Nationen nach einem Feldlazarett zur Versorgung der UNOSOM oder einer leicht bewaffneten Fernmeldeeinheit lehnte das BMVg im September aus diesen Erwägungen sowie aufgrund von



Hilfe inmitten des Chaos: US-Marines sichern die Entladung eines LKW mit Lebensmitteln in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, 12. Dezember 1992.

Personalmangel ab. Letzteres lag an der parallel stattfindenden United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC). An dieser VN-Mission beteiligte sich die Bundeswehr zwischen Mai 1992 und November 1993 mit rund 150 Sanitätskräften. Da sich in Somalia insbesondere die USA mit eigenen Truppen zurückhielten, blieb die Ablehnung des BMVg zunächst folgenlos für die Bundesressorts.

### Eingriff der USA

Weil die Lage in Somalia verheerend war, auch eine größere UNOSOM-Mission keinen Erfolg versprach und das US-Militär handlungsfähig bleiben wollte, beschloss der VN-Sicherheitsrat am 3. Dezember 1992 die Entsendung einer US-geführten landesweiten Erzwingungsmission zur Durchsetzung der humanitären Hilfe, die Unified Task Force (UNITAF). Zwar wollte sich die Bundesregierung aufgrund des Verfassungsstreits nicht an der UNITAF beteiligen, dennoch verkündete sie am 17. Dezember 1992 die Entsendung eines verstärkten Nachschub- und Transport-

bataillons mit bis zu 1500 Soldaten nach Somalia. Die Gründe hierfür waren: das Engagement aller wichtigen NATO-Partner in Somalia, das Bestreben des BMVg, in der Allianz nicht erneut wie während des Zweiten Golfkriegs 1990/91 als passives Mitglied zu gelten, und die Nichtbeteiligung der Bundesrepublik an der United Nations Protection Force (UNPROFOR) im ehemaligen Jugoslawien.

### Die deutschen Planungen

Um die deutsche Beteiligung von der unter Kapitel VII der VN-Charta mandatierten Mission UNITAF abzugrenzen, durften die deutschen Kräfte aber nur »für humanitäre Aufgaben« und nur in einer »befriedete[n] Region« zum Einsatz kommen, also erst dann, wenn die UNITAF ihren Auftrag, die Schaffung eines »secure environment« für humanitäre Hilfe, erfüllt hatte. Hierdurch konnte insbesondere das Auswärtige Amt argumentieren, es handle sich um keinen ›militärischen Einsatz«, sondern um ›humanitäre Hilfe« Gefordert wurden zu dieser Zeit aber eher deutsche

Polizisten, wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen im Januar 1993 betonte. Weil Bundeskanzler Helmut Kohl eine Polizeibeteiligung Deutschlands als zu gering erachtete, blieb das Angebot, deutsche Soldaten zu entsenden, jedoch bestehen.

In den ersten Planungen des BMVg sollte die Bundeswehr in Berbera/Hargeysa im Nordwesten Somalias zum Einsatz kommen. Dort ging man von einer humanitären Bedürftigkeit der Bevölkerung aus. Die Sicherheitslage

galt als gut und von dort ließ sich über Djibouti mit Frankreich kooperieren. Darüber hinaus waren die Truppen der UNITAF bisher nur im Süden Somalias stationiert. Im Norden bestand für die Bundeswehr die Möglichkeit, einen eigenen Verantwortungsbereich zu erhalten und den anderen UNITAF-Truppen im Engagement ebenbürtig zu sein. Weil sich der Nordwesten Somalias aber 1991 als Somaliland für unabhängig erklärt hatte und sich das BMVg nicht in innersomalische Belange einmischen wollte,

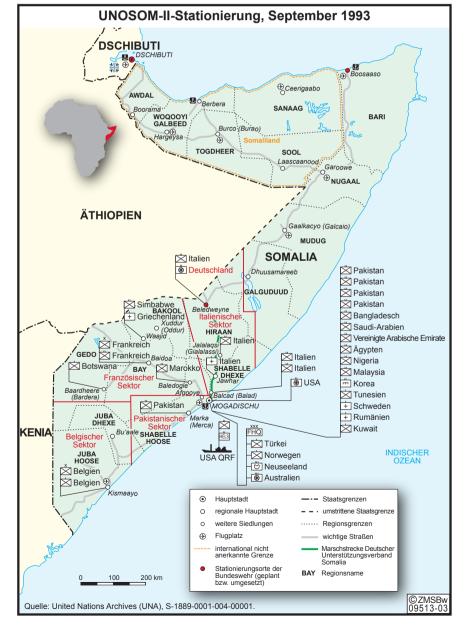
präferierte es ab Januar 1993 Boosaaso/ Garowe im Nordosten Somalias als Einsatzgebiet. Außer dass von dort weniger gut mit Frankreich kooperiert werden konnte, ähnelten die Bedingungen denen im Nordwesten.

Die UNITAF führte jedoch nicht zur Befriedung Somalias. Auch die neue VN-Mission UNOSOM II wurde in Teilen unter Kapitel VII der VN-Charta mandatiert und berechtigt, Zwang zur Durchsetzung ihres Auftrags anzuwenden. Das waren Befugnisse, die für die deutschen Entscheidungsträger zu weit gingen, wollten sie doch den Anschein eines >humanitären Einsatzes< wahren. Eine ressortübergreifende Erkundung ergab allerdings, dass es in der vom BMVg präferierten Einsatzregion keine »größere humanitäre Aufgabe« gab. Der vom Kabinett geforderte »humanitäre Auftrag« ließ sich hier also nicht erfül-

### Deutsche Flexibilität

Weil der Bundeskanzler die öffentliche Ankündigung vom Dezember 1992 umsetzen und das BMVg seinen Verbündeten zur Seite stehen wollte, zeigte sich das Verteidigungsressort äußerst flexibel. Trotz vorheriger Ablehnung stimmte es zu, die von den Vereinten Nationen am 12. April 1993 schriftlich erbetene, aber weniger sichtbare logistische Unterstützung anderer VN-Truppen zu übernehmen. Am 21. April fasste das Bundeskabinett hierzu einen neuen Beschluss. Um das Narrativ eines >humanitären Einsatzes< zu wahren, galt die Verteilung von Hilfsgütern zwar weiter als Auftrag des deutschen Verbands, nun durfte er aber auch andere VN-Truppen logistisch versorgen. Obwohl es den UNOSOM-II-Truppen zur Erfüllung ihres Auftrags gestattet war, auch »militärischen Zwang« anzuwenden, verbot die deutsche Regierung dies ihren Soldaten.

Auch beim Einsatzort zeigte sich das BMVg flexibel. Anstatt in Boosaaso/Garowe wünschten die Vereinten Nationen die Stationierung des deutschen Verbands in Zentralsomalia, in Beledweyne; diesen Raum erachtete das



BMVg für »weniger geeignet«. Beledweyne hatten die Vereinten Nationen am 11. Mai 1993 aber als »secure and calm« bezeichnet. Eine solche Erklärung war Bedingung für das deutsche Engagement. Wollte die Bundesregierung in Somalia dabei sein, musste sie den Auftrag der logistischen Versorgung und den Stationierungsort Beledweyne akzeptieren, andernfalls blieb nur die Nichtbeteiligung. Letzteres war politisch jedoch keine Option.

### Der begrenzte »Einsatz« der Bundeswehr

Das deutsche UNOSOM-II-Engagement begann im Mai 1993. Mit ihm endete die deutsche Flexibilität. Aufträge wurden fortan nur erfüllt, wenn sie den deutschen Auflagen entsprachen: Den Schutz von Nichtregierungsorganisationen und der Bevölkerung durfte der deutsche Verband nicht übernehmen. Die Bundesregierung untersagte die Anwendung »militärischen Zwangs«. Die Abholung von VN-Gütern aus dem umkämpften Mogadischu blieb trotz Bitten der UNOSOM II verboten; Mogadischu war kein »secure environment«. Selbst humanitäre Projekte durfte der Verband nicht übernehmen, wenn sie außerhalb ihres »secure environment« lagen. Der uneigennützige Einsatz der deutschen Kräfte zum größtmöglichen Erfolg der Mission war nicht Anliegen der deutschen Entscheidungsträger.

In Beledweyne war die logistische Versorgung durch den deutschen Verband indes kaum gefragt. Wegen der Intensivierung des Konflikts in Mogadischu sowie des Abzugs einiger europäischer Kräfte wurde eine für Beledweyne vorgesehene indische Brigade im Süden stationiert. Als die UNOSOM-II-Führung auch den deutschen Verband dorthin verlegen wollte, lehnten die Deutschen ab. Eine Verlegung hätte einen neuen Kabinetts- und Bundestagsbeschluss erfordert. Zudem hätten deutsche Soldaten Güter aus Mogadischu abholen müssen, das weiterhin kein »secure environment« war, und auch die USA standen vor ihrem Abzug. Das deutsche Kontingent lief Gefahr, das



Politischer Wille: Der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe (r.), und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, auf der Bundespressekonferenz zur UNOSOM-II-Beteiligung, 5. April 1993.

einzige Kontingent einer Industrienation zu sein und von den weniger gut ausgerüsteten afrikanischen und asiatischen Verbänden in eine Führungsrolle gedrängt zu werden. Dies lag nicht im deutschen Interesse.

Statt die völlig überdehnte Mission logistisch zu entlasten, verstärkten die deutschen Truppen daher nur ihre humanitäre Hilfe. Sie bauten eine Schule, bohrten Brunnen und leisteten medizinische Hilfe. Einen militärischen Nutzen für die UNOSOM II hatten sie jedoch nicht. Nur weil sich das Auswärtige Amt aus Gründen des internationalen Ansehens weigerte, unverzüglich abzuziehen, beschloss das Bundeskabinett erst im Dezember, die Bundeswehr bis März 1994 zurückzuführen.

### Mission gescheitert, Ziel erfüllt?

Wie bereits die Verlegung nach Somalia war der Abzug eine logistische Leistung, bei der alle Bereiche der Bundeswehr kooperierten. Entsprechend zufrieden zeigte sich das BMVg. Stabilisierend wirkte das Engagement in Somalia dagegen nicht; Beledweyne wurde im Juli 1994 von Anhängern des Milizenführers Mohammed Farah Aidid eingenommen.

Der positiven Bewertung in den Bundesressorts tat dies keinen Abbruch. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994, das Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von Systemen der kollektiven Sicherheit für rechtmäßig erachtete, war klar, dass ein deutscher Verband nicht noch einmal durch so viele nationale Auflagen beschränkt werden müsste. Aus diesem Grund wurde das Somalia-Engagement politisch nie aufgearbeitet. Den deutschen Entscheidungsträgern reichte die sichtbare Beteiligung. Somalia als Einsatzland war austauschbar.

Die Abkehr der USA von VN-Missionen als Folge ihres Scheiterns in Somalia führte im Anschluss auch in Deutschland zu Ernüchterung gegenüber der Weltorganisation. Fortan präferierten die deutschen Regierungen den Rahmen der NATO und der EU für ihr militärisches Handeln im Ausland. Es sollte bis 2016 dauern, ehe die Bundesregierung in Mali wieder eine VN-Mission substanziell mit Land- und Luftstreitkräften unterstützte.

**Torsten Konopka** promovierte als Mitarbeiter des ZMSBw an der Universität Potsdam zu den deutschen VN-Beteiligungen in Afrika.

### Bücher



### Gescheiterter Putschversuch

Die Liste der Neuerscheinungen zum Krisenjahr 1923 ist lang. Der Journalist und Historiker Wolfgang Niess greift in seiner Publikation ein entscheidendes Ereignis heraus: Er konzentriert sich auf den Hitlerputsch am 8./9. November in München. Im Zentrum seiner Untersuchung steht die konkrete Bedrohung der Weimarer Republik durch die nationalistische Rechte, die in die Entwicklung der Jahre 1919 bis 1925 eingeordnet wird. Niess zeigt, wie München zu einem Hort für Republikfeinde wurde, zahlreiche Helfer den Aufstieg Hitlers ermöglichten, das Triumvirat Kahr, Lossow und Seißer die Putschpläne forcierte, sich dann aber von Hitler distanzierte und in der Folge alles tat, die eigenen Verwicklungen zu verschleiern.

Dass Niess sich nicht nur mit der Instrumentalisierung des gescheiterten Putschs in der NS-Zeit auseinandersetzt, sondern der juristischen und politischen (Nicht-)Aufarbeitung in den Folgejahren sowie der späteren Erinnerung an das Ereignis bis heute genügend Raum gibt, ist eine Stärke des Buches.

Esther Geiger

Wolfgang Niess, Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats, München 2023. ISBN 978-3-406-79917-4, 350 S. 26,00 Euro



### Mächtige Menschen?

Was haben Wladimir Iljitsch Lenin, Margaret Thatcher und Helmut Kohl gemeinsam? Sie waren jeweils herausragende Politiker ihrer Zeit und übten Macht in unterschiedlichen Ausprägungsformen aus. Der britische Historiker Ian Kershaw zeigt anhand von zwölf biografischen Skizzen europäischer Politiker des 20. Jahrhunderts auf, wieviel Macht das Individuum tatsächlich besaß.

Die Biografien sind einheitlich gegliedert und ordnen die Wegmarken der Mächtigen in den jeweiligen zeithistorischen Kontext ein. Deshalb erhält der Leser auch ein facettenreiches Panorama der europäischen politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Auch Länder, die nicht so häufig im Fokus stehen, wie Jugoslawien und Spanien, werden mit Tito und Franco abgedeckt. Am Ende muss der Leser entscheiden, ob er Kershaws Thesen über das Verhältnis von Individuum und Macht teilt – aber es *macht* ihn am Ende bewusster für das Wesen politischer Macht.

Christian Jentzsch

Ian Kershaw, Der Mensch und die Macht. Über Erbauer und Zerstörer Europas im 20. Jahrhundert, München 2022. ISBN 978-3-421-04893-6, 592 S., 36,00 Euro



### Im Namen der Menschlichkeit

Laut einer aktuellen Umfrage glauben 81 Prozent der Deutschen, die meisten hätten hierzulande nichts oder nichts Genaues von den Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus gewusst. 28 Prozent sind der Meinung, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus müsse ein Ende haben. Allein dies ist Grund genug, sich dem Thema von Neuem zu widmen. Das Format von C.H. Beck Wissen ist dabei besonders gut geeignet. Es basiert auf fundierter langjähriger Forschung wie in dem vorliegenden Buch zur Weißen Rose von Robert M. Zoske. Der Band ist in eingänglicher Sprache geschrieben und hat ein praktisches Format für die Beintasche. Dabei heroisiert Zoske die Geschwister Scholl nicht, sondern setzt sie in den Kontext ihrer Zeit und macht deutlich, wie schmal der Grat zwischen der Mitgliedschaft im Bund Deutscher Mädel und aktivem Widerstand sein konnte. Die Geschichte der Weißen Rose lehrt uns heute: Die Entscheidung für Menschlichkeit und gegen das Unrecht ist keine Frage der Umstände.

Helene Heldt

Robert M. Zoske, Die Weiße Rose. Geschichte, Menschen, Vermächtnis, München 2023. ISBN 978-3-406-79745-3, 129 S., 12,00 Euro



### Elsers Tat

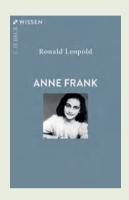
Die Tatsache, dass Georg Elser (1903-1945) sein Bombenattentat auf Adolf Hitler am 8. November 1939 alleine plante und ausführte, wurde erst nach Jahrzehnten in der öffentlichen Wahrnehmung als solche anerkannt. Gerüchte um Auftraggeber und Geldzahlungen machten vor und nach 1945 die Runde. Konnte ein einfacher schwäbischer protestantischer Schreiner derlei wirklich auf sich gestellt ausführen? Das Problem bestand darin, dass Elser keine Ego-Dokumente hinterließ und das Verhörprotokoll erst Jahrzehnte später gefunden wurde. Somit konnten viele »Zeitzeugen« ihre Erinnerungen in Umlauf bringen.

Wolfgang Benz begnügt sich in seinem Buch nicht damit, die Geschichte Elsers, seines Attentates, seiner »Schutzhaft«, bei der er sehr einsam war, und seiner Ermordung 1945 zu erzählen. Er widmet sich der langen Wirkungsgeschichte, die in Filmen, in einem »Denkzeichen« in Berlin und in bundesweit 16 Denkmalen mündete.

Ein beeindruckendes Buch!

Harald Potempa

Wolfgang Benz, Allein gegen Hitler. Leben und Tat des Johann Georg Elser, München 2023. ISBN 978-3-406-800061-0, 224 S., 27,00 Euro



### »Ich will fortwirken, auch nach meinem Tod«

Als Anne Frank (1929–1945) diesen Satz im März 1944 in ihr Tagebuch schrieb, ahnte sie nicht, wie sehr er sich bewahrheiten würde. Heute steht ihr Name für das Schicksal Millionen europäischer Juden, die Opfer der NS-Vernichtungsmaschinerie wurden. Aus der Familie überlebte nur ihr Vater. Er veröffentlichte nach dem Krieg Annes Tagebuch. Ab dem 13. Lebensjahr hatte sie darin Gedanken, Sehnsüchte und Alltägliches über das Leben der Familie notiert, die 1934 in die Niederlande geflohen und 1942 in Amsterdam »untergetaucht« war. Ronald Leopold, Direktor des Anne Frank Hauses in Amsterdam, hat mit Kollegen ein neues Buch über Annes kurzes Leben und ihr wirkmächtiges Andenken verfasst. Er diskutiert die ungeklärten Umstände der Entdeckung des Verstecks, berichtet von der Deportation und Annes Tod im KZ Bergen-Belsen. Der Rezeption ihres schriftstellerischen Werks und der vielschichtigen Erinnerungskultur werden eigene Kapitel gewidmet. Eine kompakte Einführung auf dem neuesten Stand der Forschung.

Esther Geiger

Ronald Leopold, Anne Frank, München 2023. ISBN 978-3-406-79029-4, 144 S., 12,00 Euro



#### Die chinesische Gefahr?

Der Fernsehjournalist Elmar Theveßen nutzt seine langjährige USA-Expertise, um den Aufstieg Chinas und den damit verbundenen Wettkampf der demokratischen Welt mit dem autokratischen System zu analysieren. Dabei stellt er die chinesische Strategie im Sinne des Militärphilosophen Sun-Tzus und vor allem der kommunistischen Partei vor, die sich auf alle Bereiche des Staatswesens erstreckt. Auch Chinas Wirtschaft, Wissenschaft, seine Außenpolitik als »Wolfsdiplomatie« und der rasante Aufbau militärischer Fähigkeiten werden beschrieben. Der Titel ist irreführend, denn es wird dezidiert auch auf das Verhältnis zu Europa, Russland und Deutschland eingegangen - was das Buch nur lesenswerter macht.

Dazu nutzte Theveßen öffentlich zugängliche Quellen und vor allem seine intimen Erkenntnisse aus Hintergrundgesprächen, Presse- und Fachkonferenzen. Viele Dinge werden verständlich an Beispielen erklärt und journalistisch eingeordnet. Nach der Lektüre ändert sich nicht nur die Perspektive auf China.

Christian Jentzsch

Elmar Theveßen, Kampf der Supermächte. Amerika und China auf Konfrontationskurs, München 2022. ISBN 978-3-492-07300-4, 336 S., 22,00 Euro

### Medien

### Die »Hitler-Tagebücher«

Datenbank: Die gefälschten »Hitler-Tagebücher« zum Durchsuchen, NDR, 2023

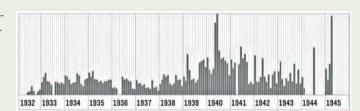
Am 25. April 1983 präsentierte der Stern-Reporter Gerd Heidemann der Öffentlichkeit eine vermeintliche Sensation: die privaten Tagebücher Adolf Hitlers. Die Geschichte des Dritten Reiches musste aus Sicht des Stern in Teilen umgeschrieben werden. Doch schnell belegten Untersuchungen des Bundeskriminalamtes, dass das Papier der Kladden erst nach dem Zweiten Weltkrieg produziert worden war. Der scheinbar bedeutende Fund war eine Fälschung. Der Medienskandal war riesig.

Der angebliche Entdecker der »Tagebücher« Conny Fischer war in Wirklichkeit der Kunstfälscher Konrad Kujau. Er hatte für über neun Millionen Deutsche Mark insgesamt 62 gefälschte »Tagebücher« Hitlers aus der Zeit von 1932 bis



Coverbilder des Stern, die auf die Geschichte hinter den »Hitler-Tagebüchern« verweisen.

Die Balken im Zeitstrahl veranschaulichen die Menge der erfundenen Tagebucheinträge für den jeweiligen Monat.



1945 an den Stern verkauft. Kujau und Heidemann wurden wegen Betruges beziehungsweise Unterschlagung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Kujau nutzte zudem das mediale Interesse und berichtete stolz von seiner Fälschertätigkeit.

Der Skandal wurde in den 1980er Jahren vorwiegend als ein Lausbubenstreich wahrgenommen. Dieses Narrativ setzte sich auch in verschiedenen Verfilmungen fort, wie etwa in der Satire »Schtonk!« von 1992, aber auch noch 2021 in der sechsteiligen Miniserie »Faking Hitler«. Unter dem gleichen Titel hatte der Stern 2019 in einem zehnteiligen Podcast-Feature seine Rolle im Skandal noch einmal aufgearbeitet. Neben dem Versuch einer Selbstkritik ist das Besondere daran die Veröffentlichung von Originalmitschnitten der Telefonate zwischen Heidemann und Kujau.

Doch ein Manko hatte die bisherige Auseinandersetzung mit dem Skandal um die gefälschten »Hitler-Tagebücher«: Der Öffentlichkeit blieb stets ein Einblick in die Originaldokumente vorenthalten. Seit 1983 lagern die »Tagebücher« in einem Safe des Stern. Eine 2013 angekündigte Übergabe an das Bundesarchiv in Koblenz erfolgte nicht.

Nun, 40 Jahre nach der Pressekonferenz des Stern, hat ein Team des öffentlichrechtlichen Rundfunks die aus verschiedenen Quellen zusammengetragenen Kopien der handschriftlichen Fälschungen mit Hilfe einer computergestützten Texterkennung vollständig digitalisieren und zudem von Wissenschaftlern auswerten lassen. Die Recherchen dazu wurden in Sendungen von »Reschke Fernsehen« und »STRG\_F« dargestellt. Herausgekommen ist dabei nicht nur eine frei zugängliche Datenbank mit Volltextsuche sowie einordnenden Kommentaren, sondern auch ein neuer, detaillierterer Blick auf die Inhalte der »Tagebücher«.

Die systematische Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten findet keine Erwähnung. Die Einträge zeichnen hingegen eine fiktive positive Hitler-Figur, die mit den NS-Verbrechen nichts zu tun hatte und gar in Opposition zu NS-Eliten wie etwa Heinrich Himmler stand. Dass diese Umdeutung der Geschichte nicht von ungefähr kam, zeigte bereits die frühere Ermittlungsakte: Kujau besaß als Militaria-Händler Kontakte in die rechtsextreme Szene, wo er nicht nur das Fälschen gelernt hatte, sondern zudem ideologisch im Sinne der »Vergasungslüge« geprägt wurde.

Die gefälschten »Hitler-Tagebücher« sind eben kein Lausbubenstreich gewesen. Sie sind Ausdruck der Leugnung des Holocaust und der Versuch einer Rehabilitierung des Nationalsozialismus.

Chris Helmecke

Reschke Fernsehen, Gefälschte Tagebücher: So gefährlich war der Hitler-Fake wirklich, NDR, 2023, 29 min.

STRG\_F, Böse Fälschung: Was steht in den »Hitler-Tagebüchern«?, funk, 2023, 27 min.

# Ausstellungen

#### Berlin

Blockierte Sieger – geteiltes Berlin. 75 Jahre Luftbrücke Gemeinsame Sonderausstellung des MHM Flugplatz Berlin-Gatow, Alliierten Museum Berlin und Museum Berlin-Karlshorst Flughafen Tempelhof Platz der Luftbrücke 1 12101 Berlin Tel.: 030 / 501 508 50 www.mhm-gatow.de Bis 12. Mai 2024 Durchgehend geöffnet Eintritt frei

### Cold War Museum

Unter den Linden 14
10117 Berlin
Tel.: 030 / 206 29 980
www.coldwarmuseum.de
Dauerausstellung
Täglich
10.00 bis 19.00 Uhr
Eintritt frei

»Ein Polizeigewahrsam besonderer Art«. Das Hausgefängnis des Geheimen Staatspolizeiamts in Berlin 1933–1945

Dokumentationszentrum Topographie des Terrors Niederkirchnerstraße 8 10963 Berlin Tel.: 030 / 254 50 950 www.topographie.de Bis 12. November 2023 Täglich 10.00 bis 20.00 Uhr Eintritt frei

### Dresden

Overkill Militär.Technik. Kultur im Kalten Krieg

Militärhistorisches Museum der Bundeswehr Dresden Olbrichtplatz 2 01099 Dresden Tel.: 0351 / 823 2850 www.mhmbw.de Ab 16. Juni 2023 Montag 10.00 bis 21.00 Uhr Dienstag, Donnerstag bis Sonntag 10.00 bis 18.00 Uhr Mittwoch geschlossen Eintritt: 5,00 Euro Ermäßigt: 3,00 Euro Freier Eintritt und Ermäßigungen u.a. für Angehörige der Bundeswehr sowie Kinder und Jugendliche



Nachkriegsaufnahme des ehemaligen Hausgefängnisses, Prinz-Albrecht-Str. 8, 1948

### Faßberg

Luftbrückenmuseum

Erinnerungsstätte mit
Dauerausstellung zur
Geschichte über Berliner
Blockade und Luftbrücke
1948/49
Waldweg am Fliegerhorst
29328 Faßberg
Tel.: 05055 / 1721450
www.luftbrückenmuseum.de
Bis 30. Oktober 2023
Täglich
13.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro

### Hamburg

Cap Arkona. Erinnern an ein Verbrechen

Sonderausstellung KZ-Gedenkstätte Neuengamme Jean-Dolidier-Weg 75 21039 Hamburg Tel.: 040 / 4281 31 500 www.kz-gedenkstaetteneuengamme.de Bis 20. August 2023 Montag bis Freitag 9.30 bis 16.00 Uhr Samstag, Sonntag, an Feiertagen 10.00 bis 17.00 Uhr Eintritt frei

### Königsbronn

Georg Elser Gedenkstätte Herwartstraße 2 89551 Königsbronn Tel.: 07328 / 962 527 www.georg-elsergedenkstaette.de Dauerausstellung

Sonn- und feiertags 11.00 bis 17.00 Uhr Eintritt: 3,00 Euro Ermäßigt: 1,00 Euro

### Nürnberg

Geburtsstunde des Völkerstrafrechts

Memorium Nürnberger Prozesse Bährenschanzstraße 72 90429 Nürnberg Tel.: 0911/231 28 614 www.museen.nuernberg.de Dauerausstellung Mittwoch bis Montag 10.00 bis 18.00 Uhr Eintritt: 6,00 Euro Ermäßigt: 1,50 Euro



# Der besondere Tipp

#### Irak-Dossier

Die Werkzeugkiste der Website des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) eröffnet Chancen, neue Formate auszuprobieren, die schnell, anders, vielgestaltig und laufend ergänzt die thematische Breite der am Zentrum vorhandenen Expertise abbilden.

So zum Beispiel auch das am 8. März 2023 begonnene Irak-Dossier. Wie zuvor schon im Ukraine-Dossier ist es ein echtes crossmediales Produkt mit Hintergründen und vertiefenden Informationen zu militärischen und zivilen Aspekten der Geschichte des Irak. Verschiedene Forschende nicht nur aus dem ZMSBw sowie ehemalige politische Entscheidungsträger stellen unterschiedliche Facetten der zahlreichen Konflikte im und um diesen nach dem Ersten Weltkrieg auf dem französisch-britischen Reißbrett entstandenen Staates im Nahen Osten dar. Anlass für das Dossier war der 20. Jahrestag des Beginns des Krieges der US-geführten »Koalition der Willigen« gegen den Diktator Saddam Hussein im März 2003. Der Krieg fegte einen bis dahin diktatorisch regierten, aber nach außen stabil erscheinenden Staat fast von der Landkarte.

Am Anfang stand das Agieren Saddam Husseins in den 1980er Jahren: Nach dem gegen den Iran vom Zaun gebrochenen Krieg, der mit einem Waffenstillstand 1988 beendet wurde, annektierte Saddam Hussein 1990 Kuwait. Die Intervention der Vereinten Nationen befreite im Krieg von 1991 zwar Kuwait, konnte und wollte aber die folgenden Gewaltakte des Diktators gegen die eigene Bevölkerung nicht unterbinden. Der von den USA initiierte Krieg 2003 mit dem irreführenden Namen »Iragi-Freedom« kann bis heute als Abrechnung von US-Präsident George W. Bush verstanden werden, der die 1991 nicht erreichte Absetzung Saddam Husseins nachträglich erzwang.

Die »Aktuelle Karte«, der ZMSBw-Podcast »ZUGEHÖRT!«, das Buchjournal »ANGELESEN« sowie mehrere Essays helfen dabei, die (Konflikt-)Geschichte des Irak besser zu verstehen.

Heiner Möllers

Das Dossier finden Sie hier: https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/kanaldossiers/dossiers-irak.



Sturz des Diktators: Eine Statue von Saddam Hussein wird unter den Augen der irakischen Bevölkerung von ihrem Sockel gestürzt, April 2003.

### **Impressum**

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Oberst Dr. Sven Lange und Oberst Dr. Uwe Hartmann (V.i.S.d.P.)

Chefredakteurin: Cornelia Juliane Grosse M.A.

Chef vom Dienst: Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.

Redaktion

Hauptmann Helene Heldt M.A. Oberstleutnant Chris Helmecke M.A. Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch Oberstleutnant Dr. Harald Potempa Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann Major Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Redaktionsassistenz: Christine Mauersberger
Lektorat: Björn Mielbrandt
Karten: Bernd Nogli, Frank Schemmerling
Ausstellungen: Daniel Schilling, RefMusWes
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMil.Geschichte@
bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Beginn eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an: ZMSBw z.Hd. Frau Christine Mauersberger Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507 E-Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2023 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH An der Feuerwache 7, 49716 Meppen E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

# Lehrsammlung Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr

Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne Hannover

Die Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr ist die zentrale Ausbildungsstätte für die deutsche Militärpolizei sowie die Stabsdienst- und Verwaltungsaufgaben in der Bundeswehr. Nach ihrer Gründung 1955 zog sie von Mittenwald über Sonthofen nach Hannover – samt ihrer eigens für die Lehrgangsteilnehmenden eingerichteten Lehrsammlung.

Die Ausstellung informiert über die historischen Veränderungen des Aufgabenbereichs der Feldjäger, von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zu ihren Aufträgen und Einsatzszenarien der jüngsten Vergangenheit. Vorrangig Lehrgangsteilnehmende und Bundeswehrangehörige, aber auch interessierte zivile Gäste können sich anhand von Schriftstücken, Waffen, Geräten, Uniformen, Orden und der sehr gut erhaltenen Sammlung von Einsatzfahrzeugen die Geschichte der Feldjäger über drei Jahrhunderte erschließen. Highlight ist ein detailgetreu eingerichtetes Dienstkommando aus den 1960er Jahren.









Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne Kugelfangtrift 1 30179 Hannover Tel.: 0511 / 6783 6027 SFJg-StDstBwMGLS@bundeswehr.org

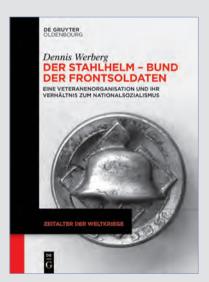
# Publikationen des ZMSBw

# Agilolf Keßelring

### Die Bundeswehr auf dem Balkan.

Zwischen Krieg und Friedenseinsatz, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2023 (= Bundeswehr im Einsatz, 3), 386 Seiten, 45,00 Euro, ISBN: 978-3-525-35222-9





# Dennis Wehrberg **Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten**Eine Veteranenorganisation und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus Berlin, Boston: De Gruyter 2023 (= Zeitalter der Weltkriege, 25), X+408 Seiten, 49,95 Euro, ISBN: 978-3-111-08234-9

### ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw





### Meinung und Öffentlichkeit in der »Zeitenwende«

Warum ist die öffentliche Meinung für Verteidigung relevant? In dieser Podcast-Folge von »Zugehört« diskutieren Sarah Brockmeier von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und der Militärsoziologe Dr. Timo Graf vom ZMSBw über die Bedeutung der öffentlichen Meinung im Kontext der »Zeitenwende«.